

5 Dringliche Anträge

Bgm. Nagl:

Ich glaube, im Vorfeld haben ja auch die Fraktionen besprochen, dass wir jetzt die vielen dringlichen Anträge, die es um das Thema Olympia gibt, gleich hintereinander vortragen lassen und dass wir dann eine gemeinsame Diskussion abhalten. Das heißt, ich würde in der Reihenfolge bitten dann zum Rednerpult zu kommen und beginnen wird Frau Gemeinderätin Marion Kreiner, danach Gemeinderat Manfred Eber, danach Herr Gemeinderat Karl Dreisiebner und dann Herr Gemeinderat Ehmann.

5.1 Olympische und Paraolympische Winterspiele Graz/Austria 2026 brauchen das Bündeln aller Kompetenzen und Kräfte des Hauses Graz (GR.ⁱⁿ Kreiner, ÖVP)

GR.ⁱⁿ Kreiner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrte Zuschauer auf der Galerie. Die Chance auf Olympische und auch Paraolympische Winterspiele 2026 mit Graz als Host City ist eine Herausforderung, aber sicherlich auch eine Wegbereitung für eine gute Zukunft über Generationen. Diese Olympischen Spiele würden Graz endgültig auf der ganzen Welt bekannt machen und so auch unsere Schwerpunkte in den Bereichen der Bildung, der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Kultur und der Menschenrechte, aber vor allem natürlich auch im Sport. Es besteht die einmalige Chance für die Stadt Graz, für das Land Steiermark, aber eigentlich für ganz Österreich auf Olympische und Paraolympische Winterspiele, in denen der Mensch im Mittelpunkt steht. In denen die Athletinnen und Athleten wieder die Highlights sind. Spiele ohne Bombast. In Gemeinden und Städten, in denen der Wintersport zu Hause ist. Gemeinsam mit der Bevölkerung, mit den Fans und mit den Zusehern aus der ganzen Welt. Jetzt wäre die beste Möglichkeit, als positives Beispiel voranzugehen und die Olympischen Winterspiele oder generell die Olympischen Spiele zu dem zu

machen, was sie einst gewesen sind: nämlich das Zusammentreffen der Jugend der Welt zum sportlichen Vergleich und zur Völkerverständigung. Die Ausrichtung der Olympischen und Paraolympischen Spiele ist darüber hinaus eine außergewöhnliche Chance auf Infrastrukturprojekte, die weit über den Sport hinausreichen. Diese Chance darf sich Graz, das Land und der Bund nicht entgehen lassen. Daher müssen wir gemeinsam an einem Strang ziehen. Wir müssen alle vorhandenen Kompetenzen bündeln, alle Kräfte zusammennehmen, auch innerhalb des Hauses Graz, und das Bestmögliche aus dieser Gelegenheit herausholen. Deshalb stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag:

Die sieben Mitglieder der Grazer Stadtregierung werden aufgefordert, gemeinsam mit den ihnen zugeteilten Ämtern sowie den Beteiligungen die positiven Aspekte, die eine Bewerbung für die Olympischen und Paraolympischen Winterspiele 2026 durch Graz als Host City aus der jeweiligen Sicht mit sich bringt, schriftlich zusammenzufassen und dieses Resümee bis spätestens 9. März dieses Jahres an den Magistratsdirektor sowie zur inhaltlichen Prüfung an das Präsidiumamt zu übermitteln.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Chance auf Olympische und Paraolympische Winterspiele 2026 mit Graz als Host City ist eine Herausforderung, sicherlich aber die Wegbereitung für eine gute Zukunft von Generationen.

Diese Olympischen Spiele würden Graz endgültig weltweit bekannt machen und so auch alle unsere Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Menschenrechte, vor allem natürlich im Sport promoten.

Es besteht die einmalige Chance für Graz, das Land Steiermark und Österreich auf Olympische und Paraolympische Spiele,

- *in denen der Mensch im Mittelpunkt steht.*
- *in welchen die Sportlerinnen und Sportler die Highlights sind.*
- *ohne Bombast, in Gemeinden und Städten, in denen der Wintersport zu Hause ist, auskommen.*
- *gemeinsam mit der Bevölkerung, Fans und Zuschauern aus aller Welt.*

Jetzt wäre die beste Möglichkeit, als positives Beispiel voranzugehen und Olympische Spiele wieder zu dem zu machen, was sie einst waren, ein „Treffen der Jugend der Welt“ zum sportlichen Vergleich und der Völkerverständigung.

Die Ausrichtung der Olympischen und Paraolympischen Spiele ist darüber hinaus eine außergewöhnliche Chance auf Infrastrukturprojekte, die weit über den Sport hinaus reichen. Diese Chance darf sich Graz, die Steiermark und Österreich nicht entgehen lassen.

Daher müssen wir alle gemeinsam am selben Strang ziehen. Wir müssen alle vorhandene Kompetenzen und alle Kräfte, auch innerhalb des Hauses Graz, bündeln, damit wir das Bestmöglich aus dieser Gelegenheit herausholen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Die sieben Mitglieder der Grazer Stadtregierung werden aufgefordert, gemeinsam mit den ihnen zugeteilten Ämtern sowie den Beteiligungen die positiven Aspekte, die eine Bewerbung für die Olympischen und Paraolympischen Winterspiele 2026 durch Graz als Host City aus der jeweiligen Sicht mit sich bringt, schriftlich zusammenzufassen und dieses Resümee bis spätestens 9. März dieses Jahres an den Magistratsdirektor sowie zur inhaltlichen Prüfung an das Präsidialamt zu übermitteln!

Bgm. **Nagl:** Danke, Marion Kreiner, die zweimal an Olympischen Spielen teilgenommen

hat. Entschuldigung dreimal, einmal nur als Ersatz. Bitte der nächste dringliche Antrag. Im Übrigen trägt sie auch eine Bronze-Medaille (*allgem. Appl.*).

5.2 Volksbefragung: Olympische Winterspiele in Graz (GR. Eber, KPÖ)

GR. Eber:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. In meinem Antrag geht es vor allem um eine Volksbefragung. Ich habe ja selber jahrzehntelang eigentlich in Innsbruck gewohnt, gelebt, gearbeitet. Innsbruck ist ja eine der wenigen Städte weltweit, die zweimal bereits Olympische Spiele beherbergen durften. In diesem Zusammenhang möchte ich vielleicht auch noch kurz sagen, Innsbruck hat dabei auch neben natürlich vielen sportlichen Rekorden auch zwei in finanzieller Hinsicht aufgestellt. Nämlich 1964, das waren die einzigen, aber das waren jene Olympischen Winterspiele, wo das Budget deutlich unterschritten wurde, nämlich mit 17 %, ein Rekord, der bis heute gültig ist. 1976 hat Innsbruck auch einen Rekord aufgestellt, allerdings bei der Budgetüberschreitung. Dort ist es zu einer Überschreitung der Kosten von 1354 % gekommen. Das heißt, das 13 ½-fache haben diese Spiele gekostet damals und das war natürlich auch ein wesentlicher Mitgrund dafür, dass Innsbruck in den 70ern, 80igern bis hinein in die 90iger-Jahre eine sehr schwer verschuldete Stadt in Österreich war. Hat sich dann aus anderen Gründen wesentlich gebessert. Ich glaube auch auf Grund dieser Erfahrungen, die Innsbruck mit Olympischen Spielen gemacht hat und den Versuchen, sich neuerlich darum zu bewerben, hat die Bevölkerung dann letztlich drei Mal nein gesagt. 1993 bereits hat es in Innsbruck eine Abstimmung gegeben, wo bei einer Wahlbeteiligung von doch 45 % an die 70 % mit nein gestimmt haben. Vier Jahre später hat es dann in ganz Tirol eine Volksbefragung gegeben, die negativ ausgegangen ist und zuletzt, parallel zur Nationalratswahl, hat es wieder eine Volksbefragung gegeben, die ebenfalls negativ ausgegangen ist. Da haben in Innsbruck selbst, die als Host City fungiert hätte, 67 % mit nein gestimmt und das bei

einer Wahlbeteiligung von beinahe zwei Drittel, also 64,5 % waren es auch. Geschuldet der Nationalratswahl, die parallel stattgefunden hat. Es hat in den vergangenen Jahren auch in vielen anderen Städten Volksbefragungen gegeben. Z.B. in München 2013, in Graubünden ebenfalls 2013 und in Krakau 2014. Das sind jene Städte, die sich für Olympische Winterspiele beworben haben. In Erinnerung ist vielleicht auch, dass sich Wien für die Sommerspiele bewerben wollte, auch dort hat es ein überwältigendes Nein von Seiten der Bevölkerung gegeben. Darüber hinaus gibt es natürlich noch einige Städte die sich bewerben wollten, ihre Bewerbung dann aber eingestellt oder zurückgezogen haben. So z.B. in Stockholm hat es massiven Widerstand der Bevölkerung gegeben, ebenso in Oslo, wobei in Oslo es so war, dass die Stadtregierung dort von sich aus gesagt hat, mit diesen Forderungen, die das internationale Olympische Komitee fordert, können wir nicht mitgehen und wollen wir auch gar nicht mitgehen. Die haben z.B. nicht nur gefordert, dass jedes IOC-Mitglied ein Handy bekommen soll, natürlich das beste und modernste, sondern sie sind so weit gegangen, dass sie gesagt haben, das IOC soll eine eigene Fahrspur bekommen und da war irgendwie der Punkt erreicht, wo sie gesagt haben, dass sie da nicht mehr mitmachen wollen. Es gäbe noch sehr viel zu sagen, aber ich sehe, die Zeit läuft. Sie, Herr Bürgermeister, haben bei Ihren Mitteilungen gesagt, das Ergebnis der Volksbefragung in Innsbruck, sinngemäß kann ich es jetzt nur wiedergeben, hätte dazu geführt, dass das Ansehen Österreichs als verlässlicher Partner gelitten hat beim IOC. In Innsbruck, vor der Volksbefragung hat es die Argumentation umgekehrt gegeben. Da hat es geheißen, wenn wir mit dem IOC Olympische Winterspiele machen, dann leidet das Ansehen Tirols darunter, weil es dort trotz aller möglichen sonstigen Großveranstaltungen, die es gibt im Wintersportbereich, dort leidet das Ansehen unter dem IOC, weil es eben dann nicht mehr garantiert ist, dass es kein, oder so gut wie kein Doping gibt und vor allem mit dem IOC Korruption und Bestechlichkeit Einkehr halten wird.

Ich mache es kurz, ich stelle im Namen der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Gemeinderat wolle beschließen: Das Präsidialamt des Magistrates Graz wird beauftragt, den Text für eine Volksbefragung gemäß § 155 des Steiermärkischen Volksrechtgesetzes vorzubereiten und dem Gemeinderat zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen. Die an die Bevölkerung zu richtende Frage soll wie folgt lauten:

"Soll sich die Stadt Graz weiter dafür einsetzen, Host City (Gastgeberstadt) und Austragungsort der Olympischen Winterspiele 2026 zu werden?"

Aber die Redezeit wurde verkürzt, oder? Früher war das einmal länger, oder?

Bgm. **Nagl**: Nein, aber je älter man wird, umso schneller vergeht die Zeit, wie ich auch an mir feststelle (*lautes Lachen*). Es war sogar 2 Minuten drüber.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Die Bürgermeister von Graz und Schladming haben bekanntgegeben, sich für die Olympischen Winterspiele 2026 bewerben zu wollen.

Ursprünglich wollte sich Tirol für diese Spiele bewerben, allerdings ging eine Abstimmung mit über 53 % gegen die Olympiabewerbung aus, in Innsbruck betrug die Ablehnung sogar über 67 Prozent. In den Jahren zuvor waren vergleichbare Abstimmungen beispielsweise in Graubünden (2013), München (2013), und Krakau (2014) ebenfalls negativ ausgegangen.

Die hohen Kosten für die Durchführung von Olympischen Spielen sowie die ökologischen und sozialen Folgen waren dabei wohl die entscheidenden Gründe für die Ablehnung.

Alleine die Bewerbung soll - so Bürgermeister Nagl - acht bis neun Millionen Euro kosten. Zum Vergleich: Innsbruck ging von 15 Millionen aus, die Westschweiz von über 20 Millionen. Diese Bewerbungskosten entstehen aber bereits jetzt, damit ist noch lange nicht gesagt, dass auch der Zuschlag erfolgt.

Auf deutlich über eine Milliarde Euro für Graz würden sich die Kosten bei der

Durchführung von Olympischen Spielen belaufen. Dabei ist festzuhalten, dass ausnahmslos alle Olympischen Spiele letztlich wesentlich teurer waren als veranschlagt. Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):

Der Gemeinderat wolle beschließen: Das Präsidialamt des Magistrates Graz wird beauftragt, den Text für eine Volksbefragung gemäß § 155 des Steiermärkischen Volksrechtesgesetzes vorzubereiten und dem Gemeinderat zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen. Die an die Bevölkerung zu richtende Frage soll wie folgt lauten:

"Soll sich die Stadt Graz weiter dafür einsetzen, Host City (Gastgeberstadt) und Austragungsort der Olympischen Winterspiele 2026 zu werden?"

5.3 Einsetzung eines Gemeinderatsausschusses zum Zweck der Information und begleitenden Kontrolle der Bemühungen der Stadt Graz um eine Bewerbung als Host City für die Olympischen Spiele 2026 (GR. Dreisiebner, Grüne)

GR. Dreisiebner:

Ende Jänner, am 23. Jänner, hat es eine Überraschung gegeben. Nicht nur den Erfolg des Marcel Hirscher beim Nachtslalom in Schladming, sondern auch eine Presseerklärung von zwei Bürgermeistern. Einer ist hier zugegen, der Herr Mag. Nagl, und der Herr Winter aus Schladming haben gesagt, wir bewerben uns für Olympia, für die Winterspiele 2026. Dann hat bei mir natürlich das Hirn zu rattern begonnen, vermutlich nicht nur bei mir, aber ich habe mich nicht entsinnen können, dass ich gehört habe, dass der Stadtsenat einmal darüber gesprochen hat, dass wir im Gemeinderat einmal darüber befasst wurden und Ähnliches mehr. Das war eine überraschende Verkündung von etwas, das vorher, zumindest nicht hier in diesem

Hause, nicht im Gemeinderat, im obersten Entscheidungsgremium oder in Ausschüssen zur Kenntnis gebracht wurde und diskutiert werden konnte. Dann hat man auch relativ bald erfahren, dass auch die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung neben dem Bund wohl einer der wichtigen Partner bei solchen Dingen, vor allem, wenn man sehr viele Gemeinden dazu braucht, über dieses Projekt erst aus der Presse bzw. von dieser Pressemeldung erfahren haben. Es tun sich natürlich bei so einer Entscheidung oder Verkündung, entschieden ist es ja noch nicht, so denke ich einmal, viele Fragen auf, die seriös beantwortet werden müssen und zwar, bevor man in hohe Kosten, hohe Arbeitsaufwände, die natürlich auch Kosten und in das Zurückstellen anderer wichtiger Projekte bedingt geht. Die Erfahrung zeigt, und ich kürze das etwas ab, weil es der Kollege Eber schon ein wenig genauer ausgeführt hat, gigantische Probleme sind historisch zu beobachten bei den Städten und Host Citys von Olympischen Winterspielen. Die Infrastruktur, deren Nachnutzung ist ein Problem, die Frage der Kostenüberschreitung usw. Wir in Graz haben uns sehr gut positioniert, aber bisher eben noch nicht als Wintersportstadt, auch wenn es gestern geschneit hat, haben wir dazu auch selten Anlass, wenn wir unsere Winter im Allgemeinen betrachten. Und die Frage, die sich stellt, ist, können wir tatsächlich ohne ganz große Investitionen für neue Sportstätten auskommen, vor allem wenn man weiß, dass das international Olympische Komitee sowohl Hallen mit gewissen Größen, sehr großen Größen für Eröffnung und Schlussfeier, für Eishockey, für Eiskunstlauf, für Curling usw. vorschreibt? Wir haben die große offene Frage, sollten wir so etwas bauen, was ist mit der Nachnutzung? Ich denke hier immer wieder an das Beispiel Klagenfurt. Drei Spiele für die Euro, wofür ein Stadion vergrößert und dann wieder zurückgebaut worden ist, ist das auch etwas, das in Graz unter Umständen kommt? Was ist mit den seit Jahren viel höheren Sicherheitsauflagen bei internationalen großen Events und Sportevents? Wie viele Kosten oder wie hohe Kosten werden da auf die öffentliche Hand, vor allem auf die Stadt Graz als Host City, zukommen? Wie kann in einer Olympia-Region, wenn man den Beschreibungen glaubt, geht das ja von Bayern bis Wien nach Klagenfurt usw., die halb so groß ist wie Österreich, den Transport ökologisch und nachhaltig organisieren und abwickeln? Das sind tausende

Menschen, SportlerInnen, Akkreditierte, BetreuerInnen, JournalistInnen und natürlich auch Besucherinnen und Besucher. Was kann Graz als Werbewert, als Marketingwert daraus für sich tatsächlich mittel- und langfristig lukrieren und erwarten? Das ist alles abzuschätzen. Kosten, Vorteile, Risiken, diese Fragen sind abzuschätzen. Vor allem ist aber abzuschätzen, können wir uns diese Olympischen Spiele, diese Bewerbung leisten, zumal vor zwei Tagen der Finanzlandesrat Lang war ja krank, in der Landtagssitzung Folgendes verlesen wurde aus seiner Feder. Er sagt, das Land Steiermark hat keinen finanziellen Spielraum für die Olympischen Spiele 2026. Nachdem das ja nicht nur ein Graz-Ereignis ist, nachdem es ein Regional-Ereignis ist, ist das eine sehr wichtige und bedeutende Aussage auch für uns und unsere Entscheidungen. Klar ist im Übrigen seit Dienstag, dass das Land bei Machbarkeitsstudien, Finanzplanung, Entscheidungsgrundlagen usw. keine eigene Initiative und keine Kosten übernehmen wird. Das wurde dort auch ausgesagt. Alle diese Grundlagen werden von uns in Graz zu erledigen sein. Wir GemeinderätInnen sollen, so war es zu lesen, am 15. März entscheiden, ob wir den Letter of Intent an den IOC schicken. Da werden wir eine Beschlussfassung haben, ansonsten ist außer den heutigen Mitteilungen der Gemeinderat nicht weiter involviert. Im Übrigen, der Stadtsenat ist ja auch nicht in dem Ausmaß, in dem man sich das vorstellen würde, involviert. Ohne entsprechende breite Diskussion und Information, ohne Fragen stellen zu können, ist es aus meiner Sicht nicht verantwortbar, diesen Letter of Intent abzuschicken zum einen und zum anderen ins weitere Bewerbungsprozedere zu gehen. Alle diese Kosten bezüglich der Machbarkeit usw. zu übernehmen, die hunderten Stunden von Personalansatz hier im Haus Graz oder auch von extern dann zugekauften Leistungen. Ich verhehle nicht, dass wir sehr skeptisch sind, dass das für Graz als Host City etwas ist, das wir wirklich verfolgen sollten. Wir haben andere, dringendere Probleme bzw. Herausforderungen, aber man soll über alles diskutieren und gerade ein solches Großereignis, das bekanntermaßen nicht nur Vorteile bringt, soll dementsprechend im Gemeinderat bzw. in den Ausschüssen diskutiert werden. In diesem Sinne, das ist eine Aufforderung an uns 48 Mitglieder des Gemeinderates, stelle ich folgenden

Antrag:

1. Der Gemeinderat beschließt gemäß § 37 Statut der Landeshauptstadt Graz die sofortige Einsetzung eines Gemeinderatsausschusses zur Bewerbung von Graz als Host-City für die Olympischen Winterspiele 2026 und zwar jedenfalls in der Größe und in jener Zusammensetzung der bereits eingesetzten vorberatenden Ausschüsse. Dieser Sonderausschuss soll umgehend zu einer ersten Arbeitssitzung zusammentreten.
2. Der Beratungsgegenstand für diesen Sonderausschuss zu einer möglichen Olympiabewerbung Graz soll den Auftrag und Zweck haben, einen zeitnahen Informationsfluss von den inhaltlich mit den (vorbereitenden) Bewerbungsschritten befassten Stadtsenatsmitgliedern und deren zugeordneten Fachabteilungen zu allen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen bestmöglich sicherzustellen und Einbindung sowie Kontrolle für alle zu ermöglichen.

Ich ersuche um Annahme, umso mehr als dass es ja einen stehenden Antrag der ÖVP gibt, dass die Stadtsenatsreferenten und deren Abteilungen beauftragt werden sollen, die positiven Aspekte zu transportieren, wir wollen auch die anderen Aspekte transportiert haben, um sie zu diskutieren. Vielen Dank.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Am Abend des 23. Jänner hat Marcel Hirscher den Nachtslalom in Schladming eindrucksvoll gewonnen. Der Nachricht über diesen schönen sportlichen Erfolg ging aber eine andere Nachricht unmittelbar voraus: die Bürgermeister von Graz und Schladming verkündeten, sich für die Austragung der Olympischen Winterspiele 2026 bewerben zu wollen.

Dass Bürgermeister Nagl weder seinen KollegInnen im Stadtsenat noch dem Gemeinderat seine Pläne für dieses Megaprojekt vorab präsentierte und mit ihnen

diskutierte, bevor er sie der versammelten Medienöffentlichkeit verkündete, ist ja nicht wirklich überraschend. Erstaunlich ist jedoch, was am Dienstag in der Landtagssitzung zu hören war: Auch die Steirische Landesregierung, neben dem Bund wohl wichtigster Finanzierungspartner für ein solches Projekt, erfuhr erst über die Presse von den hochfliegenden Plänen der beiden Bürgermeister.

Ich muss hier wohl nicht breiter ausführen, dass sich bei der Bewerbung für Olympische Spiele eine ganze Reihe von Fragen auftun, die seriös beantwortet werden müssen und zwar bevor noch Bewerbungskosten in Millionenhöhe anfallen. Gerade Olympische Spiele haben, das wissen wir aus der Vergangenheit, die Austragungsorte regelmäßig vor gigantische Probleme gestellt, wie die Nachnutzung von Sportstätten und anderer olympischer Infrastruktur oder die immensen Kostenüberschreitungen, die bei jedem dieser Sportgroßereignisse angefallen sind und die Budgets der öffentlichen Hand über viele Jahre massiv belastet haben.

Was würden Olympische Spiele 2026 für Graz tatsächlich bedeuten? Welche Fragen gilt es zu beantworten, bevor man sich als Stadt dazu entscheidet, den Weg einer Bewerbung zu gehen und schlussendlich eventuell die Spiele auszutragen? Einige davon seien hier beispielhaft angeführt:

- Könnten wir tatsächlich ohne Investitionen in neue Sportstätten auskommen, wie derzeit behauptet? Und wie passt diese Behauptung mit den Vorgaben des IOC für Olympische Winterspiele zusammen? Dieses schreibt für die Eröffnungs- und Schlussfeier eine Halle mit 40.000 Sitzplätzen vor, für Eishockey zwei Hallen mit 10.000 und 6.000 Sitzplätzen, eine weitere Halle für Eiskunstlauf mit 12.000 Sitzplätzen und eine für Curling mit 3.000 Sitzplätzen. Unsere Eishalle in Liebenau verfügt gerade einmal über 3.000 Sitzplätze.*
- Werden diese Sportstätten dann alle an andere Orte ausgelagert und was bleibt dann noch übrig von der Host-City Graz?*
- Wie sieht es mit der Nachnutzung der Sportinfrastruktur aus? Welche langfristigen Kosten kommen dafür auf die Stadt Graz zu? Welche Kosten wird die Errichtung des*

Olympisches Dorf, das auf zumindest 5.000 Personen ausgelegt sein muss, verursachen und wie sieht hier die langfristige Nachnutzung aus?

- *Ist die Hotelinfrastruktur in Graz für so ein Megaevent tatsächlich gerüstet?*
- *Welche Kosten werden aufgrund der Sicherheitsauflagen des IOC, die mittlerweile exorbitant ausgeweitet wurden, auf die öffentliche Hand zukommen?*
- *Wie kann der Transport in einer Olympia-Region so groß wie halb Österreich ökologisch und nachhaltig vonstattengehen?*
- *Was ist als nachhaltig wirksamer Wettbewerb für Graz tatsächlich zu erwarten?*

Und nicht zuletzt die Kosten- und Risikoabschätzung, der eine einfache Frage vorangestellt sein muss: Können wir uns Olympische Spiele leisten? Diese Frage hat seit der Landtagssitzung am Dienstag zusätzliche Brisanz erhalten, nachdem Finanzlandesrat Lang – abgestimmt mit seiner Regierungskollegin Wirtschaftslandesrätin Eibinger-Miedl – im Landtag klarstellte: „Das Land Steiermark hat keinen finanziellen Spielraum für Olympische Spiele 2026.“

Wie sieht der finanzielle Spielraum der Stadt Graz für die Olympischen Spiele 2026 aus, Herr Bürgermeister und Herr Finanzstadtrat? Und was kommt auf die Stadt zu, wenn das Land erklärt, selbst keinen finanziellen Spielraum zu haben? Klar ist seit gestern im Übrigen auch, dass das Land keine Entscheidungsgrundlagen, wie Machbarkeitsstudien, Finanzpläne etc. liefern wird. All diese Grundlagen wären von Graz zu erstellen und vorzulegen.

Vielleicht wurden alle diese Fragen ja schon beantwortet und die Abwägungen von Kosten und Nutzen von den beiden Bürgermeistern schon gemacht, bloß wir als GemeinderätInnen, denen demnächst ein „Letter of Intent“ an das IOC zur Beschlussfassung vorgelegt werden wird, wissen nichts von den Ergebnissen. Und auch die Öffentlichkeit und das Land Steiermark wissen nichts davon. Graz sollte nicht den Fehler machen, ohne ausreichende Information und Diskussion einen „Letter of Intent“ abzuschicken und wir als höchstes Organ der Stadt Graz sollten nicht zulassen, dass

hinter zu lange verschlossenen Türen Pläne für die Olympiabewerbung gewälzt werden, die Machbarkeit einer möglichen Bewerbung der Stadt Graz im kleinsten Kreis beauftragt und in vielen hunderten Stunden mit hohem Personaleinsatz und hohen Kosten erarbeitet wird.

Ich verhehle nicht, dass die Grüne Fraktion einer Bewerbung von Graz als Host-City für die Olympischen Spiele 2026 äußerst skeptisch gegenüber steht. Jedes dieser Großereignisse in den letzten Jahren, egal wo auf der Welt, konnte sein Budget nicht halten, sondern hat es gnadenlos gesprengt, jeder der Austragungsorte kämpfte mit der Frage einer sinnvollen Nachnutzung der Sport-Infrastruktur. Wir sehen auch nicht, wo es im städtischen Budget Spielräume für ein solches Projekt geben sollte, insbesondere wenn wir wissen, vor welchen Herausforderungen Graz als stark wachsende Stadt steht.

Mit dieser Haltung sehen wir es als unseren Auftrag, alle wichtigen Fragen aufs Tapet zu bringen und die Projektpläne kritisch zu durchleuchten. Dies sollte der Auftrag für den gesamten Gemeinderat sein, das sind wir den Grazerinnen und Grazern schuldig.

In diesem Sinne stelle ich namens der Grünen – ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Der Gemeinderat beschließt gemäß § 37 Statut der Landeshauptstadt Graz die Bestellung eines Gemeinderatsausschusses zur Bewerbung von Graz als Host-City für die Olympischen Winterspiele 2026 und zwar jedenfalls in der Größe und in jener Zusammensetzung der bereits eingesetzten vorberatenden Ausschüsse.*
- 2. Der Beratungsgegenstand für diesen vom Gemeinderat einzusetzenden 'Sonderausschuss' zu einer möglichen Olympiabewerbung Graz soll den Auftrag und Zweck haben, einen zeitnahen Informationsfluss von den inhaltlich mit den (vorbereitenden) Bewerbungsschritten befassten Stadtsenatsmitgliedern und deren*

zugeordneten Fachabteilungen zu allen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen bestmöglich sicherzustellen und Einbindung sowie Kontrolle für alle zu ermöglichen.

3. *Der Sonderausschuss ist ehestmöglich zu konstituieren und soll bis spätestens zehn Tage vor der nächsten Gemeinderatssitzung (15. März 2018) seine erste Arbeitssitzung abhalten.*

5.4 Olympische Spiele 2026: permanente Information und laufender Diskurs (GR. Ehmann, SPÖ)

GR. Ehmann:

Herr Bürgermeister, geschätzte Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie. Wäre es nicht ernst, würde ich beginnen mit einem Witz, der da lautet: Zwei Bürgermeister sitzen am Abend in Weinlaune beieinander und der eine sagt zum anderen: „Du, weißt du was, machen wir Olympia, das taugt den Leuten.“ Sagt der andere: „Hast eine City?“ Sagt der andere: „Hey, wir sind Host City.“

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Ehmann:

Es gibt bessere, ich gebe es zu, aber es gibt auch bessere Sachen als diese Bewerbung. Das kann man noch steigern.

Aber grundsätzlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben mit unseren Argumenten nicht hinter dem olympischen Berg gehalten. Der Punkt ist, wir haben gesagt, wenn wir diese Sache seriös angehen wollen und professionell angehen wollen, so wie wir uns als Stadt Graz verstehen, dann hat das schon damit zu tun, dass man

sagt, wir bringen jetzt nicht die Idee oder ein Baby, wie es heute bezeichnet wurde, zur Welt und dann schauen wir, wie es weiter geht, sondern die Überlegung muss ja doch schon viel früher beginnen, wo man sich damit auseinandersetzt und sagt, was wollen wir, wollen wir das, wie sehen die Argumente aus, wie sehen die Konzepte aus, wie sehen die Finanzierungsmöglichkeiten aus und in letzter Konsequenz, die Menschen mit abzuholen, miteinzubinden, denn ich glaube, wenn man das wirklich gut und professionell aufbereitet, und damit will ich eigentlich sagen, dass wir nicht gegen Sport sind, das soll damit nicht falsch verstanden werden, das ist auf jeden Fall nicht der Fall, aber wir haben doch eine angespannte Situation in der Stadt Graz mit einer Schuldenlast von 1,2 Mrd. Das ist nicht wegzudiskutieren bzw. nicht damit zu begleichen, mit dem IOC-Geld, das zu erwarten ist von 900 Mio., wobei das ja nicht in Bargeldleistung erfolgen wird, sondern die Hälfte ungefähr in Sachleistungen, wo man noch nicht genau weiß, wie es aussieht. Das heißt, es ist alles ein bisschen vage, wenn ich das so formulieren darf, deswegen, so glaube ich, wieder zurück an den Start, Faktencheck, sich das Ganze zu Gemüte zu führen, anzusehen, schauen, wie das abläuft, was kostet es tatsächlich usw. Diese aufbereiteten, diese gut aufbereiteten Argumente pro und contra dann tatsächlich der Bevölkerung zur Verfügung stellen. Weil es ist doch ein sehr großes Projekt und ich glaube, beide Fraktionen, seitens der Regierungsfractionen, ich erinnere nur, Bundeskanzler Kurz, Vizekanzler Strache heben ja immer die BürgerInnenbeteiligung als hohes Gut hervor und das fordern sie auch immer in ihren Programmen, soweit ich weiß, ein. Daher würde es Graz auch gut anstehen, wenn man sagt, das wäre ein Moment, wo man sagt, ja, hier sollten wir das aufbereiten, ja hier sollten wir BürgerInnen und Bürger befragen. Ich stehe natürlich grundsätzlich zur repräsentativen Demokratie, keine Frage, aber in diesem Fall geht es einfach um so viel und um so viel meine ich insofern wirklich, und auch wenn da darüber geredet wird, in der Vergangenheit, diese Städte, die sich damals alle beworben haben, die heute Schuldenlast tragen, vielfach, haben sie den gleichen Anspruch gehabt in der Vergangenheit, wir werden alles anders machen. Passiert ist das Gegenteil im Regelfall. Ich erinnere beispielsweise nur an Vancouver 2010, für 17 Tage Spiele, für 17 Tage Spiele, 17 Jahre Schuldenlast. Ob wir das der Bevölkerung

zumuten sollten, ich glaube, darüber sollte man sich informieren und darüber sollte man sie auch befragen. Deswegen unser Dringlicher dazu mit sehr konkreten Inhalten und Fragestellungen zu dem Thema, so wie ich es in Kürze ausgeführt habe.

Ich komme dann zu den anderen Dringlichen noch zum Inhalt usw. wie andere Fraktionen auch, aber jetzt zu unserem Dringlichen:

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich den dringlichen Antrag, Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, dem Gemeinderat bereits in der nächsten Sitzung gemäß Motivenbericht in einem eigenen Tagesordnungspunkt einen Zwischenbericht über den Stand der Dinge „Olympiabewerbung 2026“ zu geben. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass der Gemeinderat der Stadt Graz bzw. alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen gemäß Motivenbericht in die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie „Olympiabewerbung 2026“ kontinuierlich - entweder in Form eines Sonderausschusses oder laufender Zwischenberichte in den betreffenden Fachausschüssen sowie im Gemeinderat – eingebunden werden.

Auf Basis der Machbarkeitsstudie sollte – vergleichbar mit Innsbruck - vor der endgültigen Bewerbung die Abhaltung einer Volksbefragung überlegt werden.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Die Olympischen Winterspiele 2010 hätten günstig ausfallen sollen: Knappe 2 Milliarden kanadische Dollar waren prognostiziert worden – umgerechnet also rund 1,29 Milliarden Euro; eine Zahl, die von den Olympia-Verfechtern jetzt auch für Graz genannt wird. Und 51 Millionen kanadische Dollar wollte man sogar an Gewinn machen – das wären 33 Millionen Euro gewesen.

Die reale Abrechnung fiel im Vergleich zum Hätti-wäri-Denken dann recht ernüchternd aus: Die offiziellen Gesamtkosten beliefen sich – einschließlich Infrastruktur, Sicherheit, olympisches Dorf - letztlich auf rund 6,8 Milliarden Euro. Von den sich selbst

finanzierenden Spielen, wie zuvor noch angekündigt, war am Tag danach keine Rede mehr – Distrikt und Staat, sprich die SteuerzahlerInnen, waren zwar emsig eingesprungen, dennoch blieb am Ende die Stadt Vancouver auch noch auf 713 Millionen Euro Schulden sitzen. „17 Jahre Schuldendienst für 17 Feier-Tage“, wie Petti Fong bereits im Juli 2010 im Toronto Star bitter bilanzierte.

Und genau das ist der Punkt: Selbstverständlich ist es ein reizvoller Gedanke, Austragungsort von olympischen Spielen zu sein – es gilt aber sehr genau darauf zu achten, dass aus einem Traum nicht ein finanzieller Alptraum wird. In einer Studie der Universität Oxford wird davor gewarnt, dass „die Entscheidung einer Stadt oder Nation für die Austragung von Olympischen Spielen eine der finanziell riskantesten ist. Das mussten viele Städte und Nationen zu ihrem Leidwesen erfahren.“

Daher gilt es vorsichtig zu sein, mit seriösen Zahlen zu arbeiten, sich nicht durch Teilinformationen und Halbwahrheiten zu Schnellschüssen verleiten zu lassen, sich auch nicht vom IOC blenden zu lassen. Wenn man jetzt für Graz die prognostizierten Kosten von Innsbruck heranzieht, muss man zum Beispiel wissen, dass die 1,17 Milliarden Euro lediglich die Organisationskosten sind, zu denen das IOC dann maximal 900 Millionen Dollar (also 727 Millionen Euro) zuzahlt. Was bei dieser Berechnung fehlt, sind die Infrastrukturkosten, also Ausgaben für Wettkampfstätten, das olympische Dorf, den Verkehr sowie, und auch das geht in die Hunderte Millionen, für die Sicherheit. So haben etwa die bekannt sparsamen Schweizer für Graubünden 2022 in Summe mit knappen 4 Milliarden Euro gerechnet, worauf die Bevölkerung die Notbremse zog. Noch einmal: Ehe man eine endgültige Entscheidung trifft, ehe man überhaupt ansatzweise beurteilen kann, ob ja oder nein, muss auf dem Tisch liegen, was in etwa das Gesamtpaket kosten wird, wer sich an den Kosten beteiligen wird, was an Folgekosten zu erwarten ist.

Und das wären einige der wesentlichen Fragen, die geklärt werden müssten:

- *Auf wieviel wird sich das Durchführungsbudget belaufen?*
- *Mit welchen konkreten Infrastrukturkosten (Verkehr, Sicherheit, olympisches Dorf etc.) ist zu rechnen? Wie soll die Finanzierung aussehen?*
- *Wie hoch wären tatsächlich die Bewerbungskosten?*
- *Wo soll das olympische Dorf angesiedelt sein? Wer errichtet, wer finanziert es?*
- *Gibt es – vergleichbar mit etwa Sion – eine Garantieerklärung von Bund und Land über zumindest Dreiviertel-Milliarde bis eine Milliarde Euro?*
- *Gibt es definitive Zusagen aus Bayern, Slowenien, Italien oder der Schweiz als potentielle Austragungsorte? Haben diese Orte auch bereits Bereitschaft bekundet, sich an den Organisationskosten zu beteiligen?*

Wobei in die Erarbeitung einer entsprechenden Machbarkeitsstudie der Gemeinderat auf jeden Fall permanent und konsequent von Anbeginn an eingebunden werden müsste, sei es in Form eines Sonderausschusses oder auch über laufende Zwischenberichte in den jeweils betreffenden Fachausschüssen sowie im Gemeinderat.

Namens der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, dem Gemeinderat bereits in der nächsten Sitzung gemäß Motivenbericht in einem eigenen Tagesordnungspunkt einen Zwischenbericht über den Stand der Dinge „Olympiabewerbung 2026“ zu geben. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass der Gemeinderat der Stadt Graz bzw. alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen gemäß Motivenbericht in die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie „Olympiabewerbung 2026“ kontinuierlich - entweder in Form eines Sonderausschusses oder laufender Zwischenberichte in den betreffenden Fachausschüssen sowie im Gemeinderat – eingebunden werden.

Auf Basis der Machbarkeitsstudie sollte – vergleichbar mit Innsbruck – vor der endgültigen Bewerbung die Abhaltung einer Volksbefragung überlegt werden.

Bgm. Nagl:

Sehr geehrte Herr Klubobmann, zum Eingangswitz vielleicht nur dazu, die Caterer schließen eigentlich immer schon Wetten ab, ob ich überhaupt ein Glas Wein trinke und beim Kollegen Winter, da weiß auch jeder, dass er ziemlich sportlich ist. Das war keine Weinlaune und wir waren auch nicht allein, sondern wir haben in Schladming mit allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und mit allen Wintersportverbänden gemeint, wir verkünden einmal, dass wir mit unseren jeweiligen Gremien in die Gespräche eintreten, um so etwas unter Umständen nach Österreich zu holen und wieder möglich zu machen und ich glaube, das ist ganz wichtig. Zu den Fragen kann ich allgemein sagen, jeder, der am Rednerpult war, hat Recht. Es fallen uns noch viel mehr Fragen ein. Die ganzen Kataloge die abzarbeiten sind, auch wenn es darum geht, eine Machbarkeitsstudie zu machen, das gehört alles auf den Tisch. Ich freue mich aber über so viele dringliche Anträge heute, weil doch Neugierde, zum Teil auch Sorge, natürlich zum Ausdruck gebracht wurde. All das, was wir gerade bekommen haben, auch aus Süd-Korea, zeigt ernstlich darauf hin oder deutet darauf hin, dass es anders laufen soll. Jetzt haben wir alle dringlichen Anträge einmal verlesen und eingebracht. Jetzt darf ich fragen, wünscht jemand zur Dringlichkeit das Wort?

GR.ⁱⁿ Gmeinbauer:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Regierungsmitglieder, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher auf der Galerie. Ich möchte keine Wiederholungen hier tätigen, sondern nur im Namen meiner eigenen Fraktion und unseres Regierungspartners der FPÖ unsere Richtlinie zu diesen Anträgen geben und zwar werden wir in der Dringlichkeit der KPÖ nicht zustimmen. Sehr wohl werden wir

in der Dringlichkeit der SPÖ und den Grünen zustimmen, allerdings bringen wir selbst auch einen

Abänderungsantrag

ein, der wie folgt lautet:

Sollte der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 15. März 2018 die offizielle Übergabe des Letter of Intent an das IOC mit einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden Gemeinderatsmitglieder beschließen, so ist dieser Sonderausschuss, ressortmäßig zugeordnet Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, ab diesem Zeitpunkt einzurichten. Da eine eventuelle Olympiabewerbung deutlich überregionale Wirkungen entfaltet und auch eindeutig überregionale Kompetenzen betreffen würde, möchte der Gemeinderat vor einer Volksbefragung folgende Frage geklärt wissen: Ist gemäß der Volksrechte der Länder bzw. gemäß dem Volksrechtegesetz des Landes Steiermark und anderer verwandter Gesetzesmaterien eine eventuelle Volksbefragung über die Grenzen von Graz hinaus durchzuführen? Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden ersucht, diese Fragestellungen auch mit den übergeordneten Stellen des Landes und des Bundes zu erörtern. Vielen Dank.

GR. Mag. **Sippel**:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat. Als begeisterter Sportler muss ich natürlich sagen, Olympische Winterspiele und auch Paralympische Winterspiele, das ist ja auch wichtig zu erwähnen, haben natürlich Charme, keine Frage. Ich verstehe auch, dass es bei einem so Riesenvorhaben auch Skepsis gibt, das ist auch keine Frage. Ich bin der Meinung, Skepsis ist immer sehr wichtig, weil sie dazu führt, dass man keine Fehler macht. Aber was ich nicht verstehe ist, dass man von vorneherein gleich einmal dagegen ist. Dass man die Scheuklappen aufsetzt und sagt, wir sind dagegen. Zum Thema Volksbefragung komme ich gleich. Ganz besonders hervorgetan hat sich da eben auch deine Partei, die Njet-Partei, und diesen Vorwurf müsst ihr euch einfach

gefallen lassen, dass ihr da auch politisches Kleingeld wechseln wollt. Bevor noch die Fakten und Zahlen und eigentlich der genaue Ablauf am Tisch liegt, geht ihr schon her und sagt, ja wir sind dagegen und wir machen eine Volksbefragung und ihr werdet dann herumlaufen und den Teufel an die Wand malen. Alle anderen als Gigantomanen oder Verprasser usw. darstellen und das ist einfach nicht richtig und nicht seriös und ich finde das sehr schade. Deswegen gibt es auch diesen gemeinsamen dringlichen Antrag, den meine Kollegin Marion Kreiner heute eingebracht hat, wo wir eben auch alle im Stadtsenat vertretenen Parteien und die Stadtsenatsreferenten bitten und auffordern, dass sie einmal schauen, welche Potentiale stecken eigentlich in Olympia und es sind viele Potentiale, die auch gehoben werden können. Beispielsweise nehmen wir einmal her den Infrastrukturbereich. Nicht nur diese eine Milliarde, die vom IOC kommt ist eine Riesenchance, die auch in Infrastrukturprojekte verwendet wird. Es wird auch zu anderen Ankurbelungen kommen. Es war auch die Debatte davon, dass wir den Semmering-Basis-Tunnel schneller bekommen könnten, weil der ist ja mit der Fertigstellung für Herbst 2026 vorgesehen. Eventuell, wenn wir Olympia ins Land bekommen, die Olympischen Spiele ins Land bekommen, könnte es sein, dass der schon früher fertig ist. Auch ein sehr positiver Nebeneffekt für die Steiermark, oder auch selbst im Umweltbereich, die Frau Umweltstadträtin steht gerade auf, aber vielleicht hören Sie sich das ganz kurz an. Auch dort gibt es große Chancen und Potentiale. Wenn man auf Pyeongchang schaut, dort ist es so, dass es gar nicht möglich ist, mit dem Auto zu den Sportstätten zu fahren. Das heißt, da gibt es schon die Verbotzone, die sie hier immer wollen. Dort gibt es eh Shuttles, die fahren zu den Sportstätten und das ist eine Ankurbelung der E-Mobility. Die passiert auch so nebenbei bei den Olympischen Spielen. Das heißt, es werden wirklich Mehrwerte generiert und das sollte man nicht ganz außer Acht lassen. Deswegen dieser gemeinsame dringliche Antrag, um da eben auch in diese Richtung zu schauen, welche Potentiale gibt es. Ich bin überzeugt davon, dass es vielen noch gar nicht klar ist, und das müssen wir jetzt eruieren und uns ansehen, welche Chancen und Potentiale in solchen Spielen stecken. Eines ist klar und das hat uns letztendlich überzeugt, da einmal eine Pro-Haltung einzunehmen, dass nämlich nichts gebaut wird, das nicht

nachher in irgendeiner Form auch weiter genutzt wird. Stichwort Nachhaltigkeit. Wir haben ja schon genug Sportinfrastruktur. Es werden da ja nicht irgendwelche Projekte aus dem Boden gestampft, auf der grünen Wiese errichtet, sondern es wird eine vorhandene Sportinfrastruktur adaptiert werden, aber sie wird genutzt. Sie wird weiter genutzt und das ist Nachhaltigkeit in Reinkultur. Selbstverständlich müssen die Zahlen auf den Tisch. Da bin ich auch bei unserem Budgetsprecher im Land, dem Gerald Deutschmann, der gesagt hat, ja wir nehmen eine grundsätzlich positive Haltung ein, aber wir müssen das alles prüfen, das müssen wir ja auch der Bevölkerung dann letztendlich auf den Tisch legen. Das ist ein seriöses Herangehen, aber von vorneherein zu sagen, das ist alles schlecht und das geht alles nicht, diese Haltung verstehe ich nicht. Jetzt bin ich bei dem Punkt, und das ist auch die Begründung. Jetzt kommt schon das rote Licht, aber eigentlich darf ich ja viermal zur Dringlichkeit reden.

Das ist auch der Grund, warum wir euren dringlichen Antrag ablehnen werden, sehr geehrte KPÖ, weil selbstverständlich ist es wichtig, auch das Volk hier einzubinden, das ist überhaupt keine Frage und ich habe selbst viele Volksbefragungen zu anderen Projekten gefordert in den paar Jahren, die ich jetzt hier herinnen sein darf. Der Umbau, die Renovierung der Murinsel, da habe ich eine Volksbefragung gefordert, das ist völlig richtig und es ist legitim, das auch da zu fordern, aber wenn, dann sollen wir es ordentlich machen und richtig machen, und ich finde es vermessen, lieber Herr Kollege Krotzer, ich finde es vermessen, wenn wir sagen, nur die Grazer alleine sollen über Olympia abstimmen. Warum sollen nicht auch die Schladminger darüber abstimmen können, beispielsweise ob Olympia stattfindet? Warum sollen nicht auch die anderen Regionen mitgefragt werden? Da gibt es teilweise einstimmige Gemeinderatsbeschlüsse aus Gemeinden, die sich hier dieser Idee angeschlossen haben, warum soll jetzt nur Graz allein darüber befinden und abstimmen? Wenn du unseren Abänderungsantrag durchgelesen hast, dann geht es genau um das.

Deswegen ändern wir ja den Antrag von den Grünen und von der SPÖ diesbezüglich ab, dass es nicht nur diesen Sonderausschuss gibt, der wichtig ist, sondern dass es auch Überlegungen gibt, wie können wir eine eventuelle Volksbefragung angehen und zwar mit Einbindung aller relevanten Bereiche. Das ist die richtige Herangehensweise, wenn

man sagt, wir reden hier von direkter Demokratie. Es wird für uns mit Sicherheit zu wenig sein, dass man sagt, wir befragen nur die Grazer allein. Insofern freue ich mich, dass jetzt eine Diskussion in Gang gekommen ist. Ich glaube, so ein wenig dringt das ja schon durch, dass das durchaus sehr viele positive Potentiale hat und ich bin mir sehr sicher, dass am Ende die Bilanz stimmen wird, dass es auch volkswirtschaftlich und wenn man sich die ganzen Synergieeffekte ansieht, sich rechnen kann. Dann bin ich sehr zuversichtlich, dass wir sagen können, dabei sein ist alles und zwar als Kandidatenstadt bei der IOC-Konferenz in Mailand 2019. Wir werden unseren Abänderer einbringen, der gemeinsame Antrag ist eh klar, aber den dringlichen Antrag der KPÖ lehnen wir ab. Danke.

GR. **Swatek**, BSc:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Sehr geehrte Damen und Herren auf der Zusehertribüne. Ich glaube, wir Neos sind es ein wenig anders angegangen als die anderen Oppositionsfraktionen. Wir sind nicht sofort medial hinausgegangen und haben die Spiele von Anfang an abgelehnt, weil meiner Meinung nach dafür die Faktenbasis nicht da war und ich nur Sachen werte, wenn ich auch die Fakten kenne (*Appl. ÖVP*). Da möchte ich an der Stelle dem Herrn Rajakovics danken, dass er sich die Zeit genommen hat, mir die derzeitigen Fakten auch zu nennen und ich muss an der Stelle noch anmerken, dass, wenn man von Haus aus die Olympischen Spiele in Graz ablehnt, wenn man nicht glaubt, dass die öffentliche Hand ein Großevent veranstalten könnte, ohne sich in den finanziellen Ruin zu stürzen, dann frage ich mich, wie man der öffentlichen Hand vertrauen kann, dass sie die Infrastruktur für uns alle bereitstellt, dass sie ein Gesundheitssystem bereitstellt? Und ich glaube, wenn man an dem nicht zweifelt, dann muss man auch dem Staat zutrauen können, dass er Olympische Spiele ausrichtet und auf Grundlage der Informationen, die wir jetzt haben, stehen wir Neos einer Unterstützung bezüglich der Bewerbung für die Olympischen Spiele nicht kritisch gegenüber. Aber diese Spiele sollen unserer Meinung nach Spiele sein, die den Olympischen Gedanken wieder in den Mittelpunkt stellen. Spiele, die die Leistungen

der Sportler in den Mittelpunkt stellen und nicht Spiele, bei denen sich politische Akteure Denkmäler setzen, wie es leider in den letzten Jahren bei vielen Spielen der Fall war. Wir Neos haben dann ein wenig gebrainstormt, wie die Spiele unserer Meinung nach aussehen könnten und haben an der Stelle auch schon einen kleinen Slogan entworfen, den wir uns vorstellen könnten für die Spiele und er wäre: „Small is beautiful“. Zum einen soll der Slogan den Charme Österreichs im Herzen Europas widerspiegeln und zum anderen soll dieser Slogan die Spiele prägen ohne Gigantonomie. Um solche Spiele sicherstellen zu können, braucht es ein paar Bedingungen. Ständige Transparenz und Kontrolle, Projektbegleitung durch den Stadtrechnungshof und einen Sonderausschuss bzw. könnte man den Kontrollausschuss mit stetigen Berichten einsetzen. Verantwortung seitens politischer Akteure gewissenhaft mit Steuergeldern umzugehen und sich keine unnötigen Denkmäler zu setzen. Breite BürgerInnenbeteiligung, angefangen von BürgerInnenversammlungen, bis hin zu einer Volksbefragung, wenn die Rahmenbedingungen gegeben sind. Wenn diese Bedingungen gegeben sind, könnten wir Neos dem zustimmen. Jetzt ist es so, dass wir am 15. März den Letter of Intent beschließen sollen und erst danach wird eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Ich halte jede Ablehnung von Haus aus, ohne eine Machbarkeitsstudie zu kennen, für nicht seriös und daher könnte ich mir vorstellen, den Letter of Intent zu unterstützen und ich verstehe jede Fraktion, die sagt, naja, sie will kein Geld investieren, das ist Steuergeld, das ist Geld von Bürgern und Bürgerinnen und deswegen möchte ich an der Stelle einen Vorschlag machen, wo vermutlich alle Fraktionen mitgehen könnten. Der Hauptprofiteur von Olympischen Spielen vor Ort sind immer Wirtschaftstreibende, Hoteliers, die Hotelzimmer vermieten, es ist die Gastronomie und bei uns sitzt die Wirtschaftskammer Steiermark auf 50 Mio. Rücklagen und ich wäre dafür, dass die Wirtschaftskammer Steiermark die Kosten der Machbarkeitsstudie übernimmt und auf Grundlage dessen sollen wir dann die Entscheidung treffen, ob wir uns für die Olympischen Spiele bewerben oder nicht. Das klingt jetzt vielleicht ein wenig abwegig, aber schauen wir uns die Bewerbung in Sion an. In Sion, die überlegen auch, ob sie sich 2026 für die Olympischen Winterspiele bewerben, da zahlen Wirtschaftsvertreter

500.000 Schweizer Franken dazu und wenn man jetzt, was so für Zahlen im Raum schwirren, 60.000, sagen wir 100.000 Euro für eine Machbarkeitsstudie investiert, ist das bei 50 Mio. Rücklagen eigentlich ein „Klacks“ und vor allem profitiert die Wirtschaft auch davon. Wenn diese Rahmenbedingungen gegeben sind, kann ich mir vorstellen, dass wir Neos auch dabei sind (*Appl. Grüne + KPÖ*).

Bgm. Nagl:

Vielleicht darf ich anmerken, dass ich mit dem Präsidenten der Wirtschaftskammer schon Gespräche geführt habe und ihn gebeten habe, darüber nachzudenken. Das war ein sehr positives Signal und was die 50 Mio. € Rücklage anbelangt, damit da keine falschen Dinge entstehen, die werden gerade eingesetzt, weil wir in Graz am Campus oben die modernsten Lehrwerkstätten mit all den neuen Berufen, die neuen Herausforderungen, die damit auch verbunden sind, da oben ein neues Zuhause bekommen. Das heißt, wir haben ein Megabauprojekt, das wir erst vor wenigen Tagen vorgestellt haben, wo wir mit der Stadt Graz und der Wirtschaftskammer einen gemeinsamen Wettbewerb durchgeführt haben und dafür werden Gott sei Dank von Seiten der Wirtschaft Rücklagen gebildet, damit wir dann junge Leute wieder ausbilden, um auch in Zukunft für die Industrie tolle MitarbeiterInnen und Mitarbeiter zu haben. Auch in den vielen neuen Berufsbildern, die gerade entstehen. Das ist toll, aber wie gesagt, der Gedanke ist richtig und ich bin sicher, dass die Wirtschaft ihren Teil beitragen wird, auch was die Studie anbelangt, und auch die Arbeiterkammer.

GR.ⁱⁿ Ribo, MA:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Sehr geehrter Herr Bürgermeister. Der Michael Ehmman hat sein Statement mit einem Witz begonnen, aber ich finde dieses Thema ist alles andere als witzig. Wenn ich mir den dringlichen Antrag von der ÖVP durchlese, dann ist es für mich eine Art Werbeeinschaltung. Gut verpackt in einem dringlichen Antrag und das passt auch gut zu dem Akt. Ich denke, im Stadtsenat

wurden Hochglanzbroschüren ausgeteilt, die schauen super aus, keine Frage. Dann lese ich weiter und komme zu dem dringlichen Antrag und natürlich bei dem Absatz oder bei dem Teil, die positiven Aspekte sollen hier berücksichtigt werden, da ist man schon ziemlich baff im Sinne von: Werden hier uns Gemeinderäten Denkverbote ausgesprochen? Das heißt, man darf sich nur mit positiven Aspekten beschäftigen und die anderen Aspekte, die negativen, soll man sich einfach wegdenken? Bei solch einem Megaprojekt, das wirklich sehr viele Risiken mit sich bringen wird, das wissen wir alle, sich nur mit dem Positiven zu beschäftigen, ist alles andere als seriös. Ich sage extra seriös, weil Sie, Herr Bürgermeister, das Wort seriös in Ihrem Anfangsstatement wirklich öfters gesagt haben. Aber wie gesagt, diese Vorgehensweise hier ist sehr bedauerlich, vor allem auch, weil Sie vorher gesagt haben, wir verkünden gemeinsam mit unseren Gremien diese Information oder diese Entscheidung. Das höchste Gremium der Stadt Graz, der Gemeinderat, hat von dieser Entscheidung oder von dieser Information aus der Zeitung erfahren. Das möchte ich hier bitte auch noch einmal klar betonen.

*Zwischenruf GR.ⁱⁿ **Heuberger**: Es gibt noch keine Entscheidung!*

Ribo:

Wir wissen bzw. wie eine solch seriöse Bewertung der Stadtsenatsmitglieder und ihrer Fachämter aussehen wird, wenn jegliche Grundlage, jegliche Fakten nicht da sind, das ist natürlich auch eine Riesfrage. Was wir wissen ist, dass der Bürgermeister von der Idee begeistert ist, ist auch gut, Sie sind leicht zu begeistern (*allgemeines Lachen*). Anscheinend ist die Euphorie in Ihnen so groß, dass auch die Wahrnehmung etwas getrübt ist im Sinne von: Ich erinnere noch einmal an den Landtag am Dienstag und ich zitiere den Finanzlandesrat Lang, der hat das mit seinen ÖVP-KollegInnen auch abgestimmt, das Land Steiermark hat keinen finanziellen Spielraum für Olympische Spiele 2026.

Zwischenruf GR. Dr. Piffli-Percevic: Sie haben noch keine Halle, noch nicht.

Ribo:

Ja, derzeit. Wie auch immer. Auf jeden Fall, unsere finanzielle Situation der Stadt Graz ist im Moment eben so, dass wir nicht gerade im Geld schwimmen. Aber wenn ich jetzt wieder an den Antrag denke, vielleicht sollten wir uns auch das einfach schönreden, oder positivdenken und sagen, ok, wir haben zwar Schulden, aber sehen wir es positiv, es ist ja kein Problem. Auf einen Punkt, der mir ganz wichtig ist, ist einfach selbständig immer nein zu sagen, aber den anderen Parteien immer wieder das Nein zu unterstellen, ist auch nicht gerade die feine Art. Wenn ich an das letzte Jahr denke und an die Gemeinderatssitzungen, da waren Sie, liebe FPÖ und liebe ÖVP, immer wieder gerne und herzlich eingeladen, bei unseren Anträgen zu Sicherheit für RadfahrerInnen, zur Nutzung von leer stehenden Wohnungen, zur transparenten und fairen Personalauswahl, zu einer aktiven Rolle der Stadt Graz im Gedenkjahr 2018 und zu einer Umgestaltung des Griesplatzes immer herzlich eingeladen, ja zu sagen, aber ihr habt euch für ein Nein entschieden.

Bgm. Nagl:

Schlusswort ist von jemandem gewünscht? Ihr hab dann später noch Gelegenheit. Herr Gemeinderat, bitte.

GR. Eber:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Nachdem FPÖ und ÖVP njet zu unserem Antrag sagen, erlaube ich mir ein kurzes Schlusswort. Zunächst einmal, „Small is beautiful“-Spiele, wo die Menschen im Mittelpunkt stehen, Absage an die Gigantomanie usw. hat man ja heute und auch in den vergangenen Tagen und Wochen immer wieder gehört. Hinweisen möchte ich schon auf eine Diskussion, die im

IOC geführt wird aktuell. Bei Olympischen Sommerspielen gibt es jetzt eine Obergrenze von 10.500 Sportlern und Sportlerinnen und da wird jetzt aktuell überlegt, ob man diese Obergrenze nicht aufheben könnte, damit es noch größer, noch bombastischer werden kann. Ich glaube nicht, wir haben Winterspiele, ich glaube nicht, dass das so auseinanderdriftet bei Sommer- und Winterspielen. Ich möchte noch auf einen zweiten Punkt kurz etwas sagen. Sie, Herr Bürgermeister, haben heute gesagt bei der Fragebeantwortung zu internationalen Kontakten der Stadt Graz, wie schön und wie toll das ist, dass viele internationale Delegationen immer wieder nach Graz kommen und es ist natürlich so und es ist auch schön, wenn Vertreter von anderen Staaten, anderen Regierungen, wie auch immer, nach Graz kommen und im Idealfall sich sogar etwas anschauen, aber zumindest zu einem Meinungs- und Gedankenaustausch kommen. Nun ist es allerdings so, und das muss man auch wissen, dass das IOC sehr genau vorschreibt, dass, wenn es offizielle Kontakte in der Host City gibt, dass das IOC diese vorher wissen möchte und darüber befinden kann, ob sie das zulässt oder nicht. Darüber entscheidet während der Winterspiele zumindest das IOC.

Zum Armin Sippel, Befragung nur in Graz oder nicht in der ganzen Steiermark, oder der ganzen Olympiaregion, die da angedacht ist. Ja selbstverständlich wären wir auch dafür, aber wir sind Gemeinderäte in Graz, wir können, ob wir wollen oder nicht, wir können nicht eine Volksbefragung in Schladming als Grazer Gemeinderat vorschreiben, erzwingen oder was auch immer. Da bin ich schon ganz kurz beim Abänderungsantrag von euch, von ÖVP und FPÖ. Ich tu mir da schwer mit dieser Fragestellung: „Ist gemäß der Volksrechte usw. eine Volksbefragung über die Grenzen von Graz durchzuführen?“, vielleicht habe ich den Sinn dieser Fragestellung nicht ganz verstanden, aber im Prinzip ist ja im Steiermärkischen Volksrechtegesetz das sehr genau geregelt war, wer wo eine Volksbefragung initiieren kann. Das heißt, auf Landesebene kann das die Landesregierung, können die 17.000 Bürger und Bürgerinnen der Steiermark machen, kann das auch ein Drittel des Landtages verlangen. Aber es hat, zumindest am Dienstag, von Seiten von ÖVP, SPÖ und FPÖ keinen Willen dazu gegeben, das zu machen.

Ganz zuletzt. Ich glaube nicht, dass es ein Zufall ist, dass es in vielen Städten oder Regionen im Alpenraum Volksbefragungen gegeben hat und die dann negativ ausgegangen sind. Ich glaube auch nicht, dass da der Herr Karl Stoß Recht hat, wenn er sagt, die Tiroler waren alle uninformiert und ich glaube auch nicht, Herr Bürgermeister, dass Sie Recht haben, wenn Sie in einem Interview sinngemäß wieder nur sagen, wenn ein paar tausend Grazer hier uninformiert oder falsch informiert zu einer Volksbefragung gehen, dann ist das für Sie nicht bindend. Ich glaube nicht, dass man sich über doch, wie viele das auch immer sein werden, aber doch tausende Grazerinnen und Grazer so hinwegsetzen soll. Danke.

Bgm. Nagl:

Vielleicht eine ganz schnelle Antwort dazu, dass da keine Interpretationen entstehen. Es war die KPÖ, die ohne jegliches detailliertes Wissen gesagt hat, Volksbefragung, StandIn, wir organisieren, wir haben die Plätze schon reserviert und, und, und. Ihr seid's ja schon unterwegs. Es gibt aber das Volksrechtegesetz. Worum debattieren wir hier? Ihr habt's gesagt, ihr werdet 10.000 Unterschriften bringen. Jetzt bringt sie bitte. Wenn diese 10.000 Unterschriften da sind, wird dieser Gemeinderat auch unter meinem Vorsitz selbstverständlich eine Volksbefragung einleiten. Dafür gibt es ein Volksrechtegesetz und dann wird es eine Befragung geben, wenn ihr die Unterschriften bringt. Die Frage war nur deswegen, wenn ich so sagen darf, durchaus eine Diskussion, ob man einem dringlichen Antrag von euch überhaupt noch zustimmen soll. Weil ihr geht ja sowieso dagegen. Eure Schwesternpartei in Peking hat die Sommerspiele, die jetzt nach oben hin offen sind, ohne jegliche Volksbefragung durchgesetzt. Ihr müsst einmal international debattieren, wie ihr das handhaben wollt (*Allgem. Appl.*). Ich hoffe nur, dass für das Olympische Dorf in China nicht wieder hunderttausende Menschen umsiedeln müssen. Das werden wir dann alles noch erleben, aber das was mich schon gestört hat, ist, und deswegen auch ein Antrag, wo ich sage, ja auch die Kolleginnen und Kollegen aus der Stadtregierung, die aus eurer Fraktion, da sitzen zwei, einmal aufgefordert werden von Gemeinderatsmitgliedern,

die gesagt haben, es wäre schon spannend auch zu hören, ob es etwas Positives zu vermelden gäbe. Ob Paralympics, oben sitzt Mag. Mario Kowald, unser Kollege aus dem Gemeinderat, dem wünsche ich alles Gute und freue mich, dass er wieder einmal zu uns kommt und im Gemeinderat zuhört. Sei herzlich willkommen (*Applaus*). Dass ein Gesundheitsstadtrat uns positiv berichtet, was es für Auswirkungen für behinderte Menschen in Graz geben könnte, wenn Paralympics auch eine Geschichte ist, oder im Verkehr, oder in der Umwelt, welche Ideen da kommen könnten, weil ich habe halt auch, wenn ich so sagen darf, nichts Positives mehr gehört, außer dass wir dagegen sind. Dann glaube ich, braucht es niemanden zu verwundern, dass Gemeinderatsmitglieder sagen, jetzt würde wir aber gerne hören, ob es auch etwas Positives gibt, um auch die Frage der Frau Bedrana Ribo zu beantworten, die heraußen war und gesagt hat, warum nur etwas Positives. Weil wir nur Negatives gehört haben und Negatives hast genug und es fällt uns auch genug Negatives ein. Aber die Chancen einmal zu erkennen, bevor ich gleich dagegen gehe und ich glaube, das ist das, was ich heute noch mitteilen wollte und wenn es dann ein Ergebnis einer Volksbefragung gibt, wenn jetzt nur ein paar tausend Menschen unterschreiben, dass sie ein Problem hätten, heißt das noch nicht automatisch, dass dieser Gemeinderat auch nach einer Befragung, wo dann vielleicht viel mehr teilnehmen, gleich das als bindend erachtet, was die paar tausend gesagt haben. So ist es zu verstehen. Ich glaube nur, dass wir momentan in Österreich traurig unterwegs sind, weil vorgestern oder gestern in der Zeitung stand wieder auf einer Seite gleich, Land hat vielleicht kein Geld, die Kulturhauptstadt Europas Salzburg wurde gleich abgesagt. Was will da Österreich noch? Was hat es zu bieten? Was kann es einbringen? Das ist ja das was mich so fasziniert. Was kann dieses Österreich der Welt einbringen? Wir sind klein aber oho. Small is beautiful, das ist auch schön. Klein sind wir, aber oho sind wir. Das muss man mal allen Menschen sagen. Die wollen ja alle so leben, denn sie kommen ja zu uns. Die Chance hätte ich gerne. So, das war jetzt lange.

GR. Ehmann:

Bevor unser Sportsprecher, Kollege Haßler ,noch zu den Dringlichen eingeht, trotzdem ein paar Anmerkungen als Schlusswort. Ich würde hier bei einer derartigen Antragstellung den Text betreffend, den Dringlichkeitstext seitens der ÖVP, würde ich, abgehend davon kommunistische Regime zu strapazieren, denn wenn ich mir den Antragstext ansehe und dann lese, die beteiligten Ämtern sollen die positiven Aspekte, die eine Bewerbung für die Olympischen Winterspiele durch Graz als Host City aus der jeweiligen Sicht mit sich bringt, schriftlich zusammenzufassen und übermitteln etc. Wenn ich so sagen darf, natürlich überspitzt, aber da erlasst ja fast Nordkorea bei so einer Aussage. Weil das ist schon eine vermeintliche Meinungsdictatur.

*Zwischenruf GR. **Piffl-Percevic:** Das ist ja kein Verbot.*

Ehmann: Deswegen haben wir einen Abänderungsantrag dazu vorbereitet. Wenn man da schreibt und sagt, pass auf, setzen wir uns ordentlich damit auseinander und auch mit dem Positiven, mit dem Pro und Contra natürlich, dann glaube ich, hätte das einfach mehr Lack und mehr Tiefgrund und es wäre dann zu unterstützen. Deswegen zu unterstützen, da komme ich zum Abänderungsantrag.

Der Abänderungsantrag selbst, der seitens der ÖVP dann eingebracht wird, mit der Geschichte Letter of Intent usw. da muss ich sagen, so wie er jetzt formuliert wurde und uns hier vorliegt und wo quasi uns mehr oder minder auch schriftlich übermittelt, auch inhaltlich suggeriert wird, dass man nur mit der 2/3-Mehrheit dann nach dem Letter of Intent diesen Sonderausschuss, oder wie es auch immer heißen wird, Kontrollausschuss, was auch immer, begleitend hier einsetzt, das halte ich für eine seltsame Vorgehensweise. Was hält uns davon ab, das jetzt schon zu tun sowieso, ohne hier einen entsprechenden Abänderungsantrag einbringen zu müssen? Daher finde ich das ein wenig als Ablenkungsgeschichte und irgendwie hat man das Gefühl, man möchte hier auf anderer Seite Druck aufbauen gegenüber der Öffentlichkeit und

das werden wir so nicht zulassen in dieser Form. Für uns persönlich, was die anderen tun, sei davon unbenommen.

*Zwischenruf GR. **Rajakovics**: Das werden wir alles erklären.*

Ehmann:

Da wurde gesagt, die Volksbefragung nur auf Graz einzudämmen. Es ist eh schon gefallen, wir können es so oder so von hier aus nicht anders gestalten etc. Da darf ich schon auf einen Artikel des Standards von heute aufmerksam machen. Wo die obersteirische Gemeinde Schladming heute toll einstimmig rund 200.000 Euro für ein Milliardenprojekt zuschießt. Das finde ich großartig und gleichzeitig aus Überschüssen, aus Gemeindeüberschüssen, ich bin noch nicht so lange im Gemeinderat, ich weiß gar nicht, was das ist, Überschüsse, weil wir haben ja keine und daher muss ich sagen, da steht dann, Schladming sieht sich als Kandidat mit Teilstatus natürlich, aber Graz trage das Risiko und die Haftung. Deswegen, Herr Kollege Sippel, ist es unser Anliegen, auch aus Grazer Sicht hier die Volksbefragung, wie man es dann auch immer nennt ...

*Zwischenruf GR. Mag. **Sippel**: Nur, weil Schladming das sagt hat? Das ist ja noch nicht geklärt.*

Ehmann:

Deswegen glaube ich, ist es so wichtig, das auf jeden Fall aus Sicht der Stadt hier zu machen. Es wurde gesprochen, warum wir das alles so negativ sehen. Ich sehe das gar nicht so, ich glaube, es ist einfach eine gute Diskussion, die hier stattfindet, wo man sich auseinandersetzt mit einem Thema aus mehreren Sichtweisen, durchaus kontroversiell, das ist ja auch gut in einer Demokratie, sonst müssten wir ein paar

Kilometer weiter fahren. Daher ist es ja schlau und vernünftig. Aber natürlich im Zusammenhang damit, die Begeisterung, die kann ich nachvollziehen. Die Skepsis kann ich auch nachvollziehen, sehe ich auch dort und da und deswegen würde ich nicht immer gleich von Feuer und Flamme und jeder, der das ein wenig kritisch beäugt, ist sofort ein Verhinderer oder Verweigerer, oder was auch immer. Weil Feuer und Flamme ohne hier genau ins Detail zu gehen, ist auch durchaus, was das Budget betrifft, brandgefährlich. Aber deshalb, mich wundert es ja insofern, vor allem bei euch, weil ihr als FPÖ ja immer quasi sehr aufs Geld geschaut habt. Ich denke an die letzte Periode, wo ihr als Kontrollfunktion in eurer Sache darauf eingegangen seid's. Den Pakt habt ihr platzen lassen, Vertrauensverlust usw., Budgets mit namentlichen Abstimmungen usw. Da hat es ja wirklich das Kontrollbemühen gegeben und jetzt wird relativ leger darübergegangen und auch ohne Befragung etc. Die Olympiabewerbung ist ja nicht der Eintritt in die Burschenschaft. Da geht es ja um etwas anderes. Da geht es um viel Geld, da geht es um Verantwortung etc. Das muss man insofern ein bisschen auseinanderhalten. Ich habe mir sogar die Mühe gemacht und habe hier die Bewerbung 2002 ausgegraben.

*Zwischenruf GR. **Frölich**: 2002, oh, ganz aktuell.*

Ehmann:

Ja, die hat an Aktualität nichts verloren. Warum? Ich habe mir da eine Textpassage angesehen bei dieser Bewerbung und da steht drinnen, unter 2.8, ich darf es kurz verlesen, die Unterstützung durch die Bevölkerung ist in den Bewerbungsunterlagen enthalten, auf die man sich damals verständigt hat. Eine Volksbefragung ist für das Frühjahr 1995, es war 1994, geplant. Eine Meinungsumfrage der größten Grazer Tageszeitung, Kleine Zeitung, hat ergeben, dass die Mehrheit der Bevölkerung für eine Durchführung der Olympischen Spiele in Graz ist. Außerdem gibt es bereits ein Komitee, in dem sich zahlreiche führende Persönlichkeiten aus Stadt und Land für die

Bewerbung der Olympischen Spiele aussprechen. Dieses Personenkomitee wird von einem eigens gegründeten Verein, Pro Olympia Graz Steiermark, unterstützt.

Es ist ja nicht unschlau, das zu machen und deshalb plädieren wir auch dafür, dass hier inhaltlich darüber vorzugehen ist. Auch wenn es gewisse Medien mit einem deutlichen Überhang sind, von 67 %, mag so sein, es kommt immer darauf an, was du fragst.

Wenn ich die Hoteliers durchgehe, dann werde ich 100 % erreichen, wenn ich in anderen Bereichen das abfrage, dann wird es ebenso sein. Die Wahrheit wird in der Mitte liegen, deswegen umso spannender diese Befragung. Danke.

Bgm. Nagl:

Ich bitte nun, die Redezeit jetzt wieder einzuhalten, jetzt sprechen wir zur Dringlichkeit, nicht zu intensiv. Bitte.

GR. Dreisiebner:

Zu allem, was Michael Ehmann gesagt hat, wo ich mich weitestgehend wirklich vollinhaltlich wiederfinde, möchte ich nur ganz kurz noch eines sagen. Schladming hat 200.000 € beschlossen. Es ist ganz egal, sie könnten 800.000 oder 2 Mio. beschließen. Wenn man die Vertragsunterlagen bzw. die Vorschriften des IOC auf der Homepage des IOC ein wenig ansieht, kommt man drauf, dass das IOC nur mit einer Host City Verträge abschließt. Nicht mit einer Region, nicht mit vier Gemeinden und nicht mit 12 Gemeinden. Das heißt, wenn Graz Host City sein würde, wären wir rein rechtlich in der Ziehung. Alle anderen, mit denen könnten wir Verträge machen, deswegen wäre es auch wichtig, dass andere Gebietskörperschaften sich nicht verabschieden wie eben am Dienstag, sondern dass wir die zumindest einmal eher an Bord haben als außerhalb. Das ist die eine Geschichte. Die andere Geschichte, wenn ich mir den Abänderungsantrag, auf den Hauptantrag der ÖVP gehe ich jetzt gar nicht ein, ansehe, dann denke ich, dass wir diesen Volksentscheid, diese Frage, wann das passieren soll und auf welchem Weg das passieren soll, darum können wir lange diskutieren. Ich

meine auch, dass man es zu früh auf der Straße versuchen kann, oder auch juristisch versuchen kann auszuhebeln, wie das die ÖVP und die FPÖ hier versuchen, aber wir als Host City werden wohl hoffentlich auch darüber in einer Volksbefragung entscheiden können, ob wir dafür sind oder dagegen. Das kommt mir irgendwie ganz komisch vor. Die FPÖ in Graz, ebenso wie die FPÖ im Bund, redet immer vor einer Wahl bzw. Regierungsbeteiligung groß von direkter Demokratie. Danach, Nichtraucherchutz, ich grüße euch, danach will man nichts mehr wissen davon. Lieber Herr Bürgermeister Nagl, Sie sind 2008 mit den großen Befragungen in wichtigen Projekten angetreten zur Wahl. Heute sind sie auch eher abwehrend. So viel einmal dazu und es geht später weiter.

Bgm. Nagl:

Damit wir alle Schlusswörter zusammenbringen. Sie hat schon gesagt, dass sie dreimal bei Olympischen Spielen dabei war und dort auch Bronze errungen hat. Bei Weltmeisterschaften hat sie einmal Gold, einmal Silber und einmal Bronze errungen. Ich habe mir das noch einmal angesehen, jetzt darf ich dich um dein Schlusswort bitten.

GR.ⁱⁿ Kreiner:

Mir bleibt es da jetzt eigentlich nur noch, einmal kurz darauf einzugehen, einige Meinungen haben wir ja nun gehört. Bei Olympischen Spielen sind einfach die Emotionen, und klar gehört darüber nachgedacht, wie man das gestaltet, was man daraus macht, aber in erster Linie gehört einmal so eine Grundemotion her, die wir eigentlich auch hätten, dass wir das machen wollen. Ich selbst hab die Olympischen Spiele als eine tolle Veranstaltung miterleben können. Auch mit der Bevölkerung vor Ort, mit den Fans. Das ist etwas ganz Spezielles, das nur alle 4 Jahre möglich wäre und das wäre auch eine einmalige Gelegenheit für uns, so etwas zu haben. Was mir ein wenig abgegangen ist, dass man sich über die aktuelle Situation informiert. Weil das

IOC schreibt ja nicht umsonst andere Regeln oder überlegt sich, was es anders machen kann, macht andere Vorgaben. Die haben ja mittlerweile gemerkt, dass diese großen Spiele, diese überdimensionierten, einfach bei der Bevölkerung nicht mehr gut ankommen. Man will ja etwas ändern. Man hat gemerkt, dass es so nicht mehr möglich ist und da würde ich bitten, dass man sich einmal die Agenda 2020 durchliest und ansieht bzw. sich informiert oder auch die neuen Vorgaben vom IOC ansieht.

Was ich sehr gut gefunden habe vom Niko Swatek, dass er hergegangen ist und gesagt hat, egal, ich pfeif drauf, er findet das jetzt einfach einmal super und bringt einfach einmal ein paar Ideen ein. So könnte ich mir das vorstellen, dass das funktioniert. Denn nein sagen kann man nachher immer noch, aber zuerst sollte man vielleicht schon ein wenig die Emotion hinauslassen und einmal schauen, was möglich wäre. Weil die Frau GR.ⁱⁿ Ribo gemeint hat, dass das vielleicht etwas naiv wirkt, wenn ich hier nur die positiven Aspekte fordere. Negative haben wir ja so und so genug. Warum sollte man nicht auf beides eingehen? Wir sollten einmal darauf schauen was Positives dabei herauskommen könnte. Zu guter Letzt möchte ich noch sagen, und das ist mir ganz wichtig und ein Anliegen, die Olympischen Spiele und die Paraolympischen Spiele in Graz werden das sein oder können das sein, was wir daraus machen (*Appl. ÖVP*).

Die Dringlichkeit des Antrages von GR.ⁱⁿ Kreiner wurde einstimmig angenommen.

Die Dringlichkeit des Antrages von GR. Eber wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ) abgelehnt.

Die Dringlichkeit des Antrages von GR. Dreiseibner wurde einstimmig angenommen.

Die Dringlichkeit des Antrages von GR. Ehmman wurde einstimmig angenommen.

StR. Mag. **Krotzer**:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Mitglieder der Stadtregierung, verehrte Mitglieder des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie. Liebe Antragstellerin Marion Kreiner. Speziell auf deinen Dringlichkeitsantrag will ich eingehen. Ich darf mich als eines der sieben Stadtregierungsmitglieder, die in dem Antrag auch genannt sind, dazu äußern. Beginnt dabei, dass ich in dem vergangenen Dreiviertel-Jahr als Mitglied der Grazer Stadtregierung auch viele Bereiche kennenlernen hab dürfen, auch viele Gespräche geführt habe und in vielen Bereichen gemerkt habe, wo der Schuh drückt. Das beginnt beim fehlenden Personal, das beginnt bei fehlenden Finanzen, das beginnt dabei, dass in vielen Bereichen ganz einfach schon bei Grundvoraussetzungen für das Funktionieren unserer Stadt um jeden Cent gefeilscht wird. All diese alltägliche Realität in unserer Stadt scheint in den Diskussionen über die Bewerbung für die Olympischen Winterspiele keine Rolle zu spielen. Sehr locker wird hier die Zahl einmal genannt von 8 bis 9 Millionen Euro, die allein an Bewerbungskosten anfallen. Die Olympischen Spiele selbst, im günstigsten Fall, mit etwa 1,2 Mrd. Euro zu beziffern und das in Relation gesetzt zum Grazer Stadtbudget, bedeutet das, das ist mehr als das, was wir in einem ganzen Jahr für alle Löhne und Gehälter der Grazer Beschäftigten, für alle Sozial- oder Bildungsausgaben, für alle Finanzmittel, für den Verkehr, für Breitensport, Gesundheit oder Pflege zur Verfügung haben.

*Zwischenruf GR. Mag. **Frölich**: Was ist das für eine Milchmädchen-Rechnung?*

StR. **Krotzer**:

Lieber Herr Kollege Frölich, du kannst dich danach zu Wort melden, aber jetzt ist meine Redezeit.

*Zwischenruf GR. **Frölich**: Ja, aber das ist lebensverkürzend, dir zuzuhören!*

StR. Krotzer:

Gleichzeitig darf ich auch in Erinnerung rufen den Schuldenstand der Stadt Graz. Mit 1,3 Mrd., wie wir sie Ende 2018 haben werden, ähnlich zu beziffern. Ich darf hier eine Studie der Universität Oxford über Olympische Spiele beziffern, wo es heißt, eine Olympiade ist für eine Stadt oder ein Land eines der finanziell riskantesten Projekte überhaupt. Das gilt umso mehr, als Finanzlandesrat Lang eben schon angekündigt hat, dass das Land Steiermark keinerlei Spielraum sieht.

*Zwischenruf GR. **Haberler**: Mir tut das im Ohr weh.*

StR. Krotzer:

Kollege Haberler, du wirst dir das aber noch anhören müssen. Wenn der Herr Bürgermeister spricht von der Agenda 2020 und der Redimensionierung der Olympischen Spiele, das sind bisher nichts als leere Worte und geduldiges Papier. Die Olympischen Spiele in Südkorea sprechen auch jetzt wieder eine deutlich andere Sprache und es hat ja auch systemische Ursachen. Das IOC ist ein weltweiter Konzern und die Cash-cow der IOC sind die Olympischen Spiele.

*Zwischenruf **Haberler**: Sommerspiele.*

Krotzer:

Auch die Winterspiele, lieber Herr Kollege Haberler. Wenn wir uns da vor Augen führen, da geht es nicht um eine Sportveranstaltung, wo ein paar Sportler

zusammenkommen und die Herzl Weinstube das Catering übernimmt. Da geht es um Großkonzerne, Adidas, Heineken, Mc Donalds, die in der Vermarktung der Winterspiele Milliarden verdienen und bisher noch jedem Austragungsort auch tatsächlich mit Knebelverträgen die Bedingungen diktiert haben. Da wird auch in Graz nicht am Ende der Schwanz mit dem Hund wedeln, sondern der Millionen - und Milliarden - Konzern IOC mit allem, was dahinter steckt, wird der Stadt Graz diktieren, wie die Bedingungen sind. Wenn ich da zurückdenke, liebe Daniela Gmeinbauer, wie du mich im Dezember auch gefragt hast, als wir diskutiert haben über die Abschaffung des Pflegeregresses und welche Folgekosten dadurch entstehen. Ich verstehe deine Sorge darüber und teile sie, aber was ich nicht verstehe, warum man hier bei einem Vielfachen an Kosten eben diese Sorgfalt nicht gelten lässt. Jetzt darf ich dazu kommen, dass auch meine Ämter und Referate dann hier die positiven Aspekte beleuchten sollen. Ich kann selbstverständlich das Gesundheitsamt fragen, ich kann das Referat für Heimzuzahlungen fragen und ich kann das Referat für Sozialplanung, Controlling und Pflege fragen, welche positiven Aspekte sie sehen. Ich glaube, sagen zu können, das Ergebnis wird überschaubar sein. Und ich glaube auch, sagen zu können, das insbesondere auch kranke oder pflegebedürftige Menschen sowie auch viele andere Menschen in unserer Stadt ganz, ganz andere Sorgen haben und auch Ängste haben, was hier an Kosten auf sie zukommt. Ich darf auch den Finanzstadtrat erinnern, wie wir in den Budgetverhandlungen im Sommer letzten Jahres selbst zum Schluss um 8.000 € gefeilscht haben und mir dann gesagt wurde, nein, das gibt es nicht, weil dafür ist kein Spielraum da. Ähnliches gilt für die 5%-Sperrung und, liebe Kollegen und Kolleginnen, als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte muss ich schon darauf hinweisen, ihr werdet euch bei allen Vereinen, Einrichtungen, Institutionen auf Jahre dafür rechtfertigen müssen, warum für die Vereine offenbar kein Geld vorhanden ist, aber für eine Olympiabewerbung und offenbar auch für die Austragung Olympischer Spiele. Ich habe mir das auch für meinen Bereich umgerechnet. 8 Mio. € Olympiabewerbung alleine sind 40 Jahre Subventionen im Gesundheitsbereich und auch dort merke ich, dass in den Einrichtungen, bei den Beschäftigten dort und bei den Patienten, die Sorgen ganz anderer Natur sind als eben diese Megaevents. Da wir zum

Schluss auch noch zur Fragestellung in dem Zusammenhang kommen, wir als Mitglieder der Stadtregierung sollen ausschließlich positive Aspekte nennen. Jetzt ist Vizebürgermeister und Stadtrat Eustacchio für den Sicherheitsbereich zuständig. Wir wissen alle, jeder Mensch weiß das, Olympische Spiele und derartige Megaevents in dieser Größenordnung sind ein Risiko. Das beginnt da beim Anstieg von Taschendiebstählen und geht dorthin, dass eine erhöhte Gefährdungslage für Terroranschläge besteht. Soll der Stadtrat Eustacchio, für Sicherheit zuständig, all das verschweigen und nur über die positiven Aspekte im Sicherheitsbereich sprechen? Das wird ein sehr dünner Bericht, traue ich mich zu sagen. Aus all den Gründen wird es auch von uns einen Abänderungsantrag geben, dass sowohl Chancen als auch Risiken seitens der Ämter genannt werden sollen und müssen, weil ja nur auf dieser Grundlage überhaupt eine seriöse Debatte und schließlich eine wohl überlegte Entscheidung möglich sein wird und hier Abstand genommen wird, hier das Ergebnis schon vorwegzunehmen. Das gilt auch für viele andere Bereiche, ich schau zum Schluss noch, weil er da ist, auch den Sozialstadtrat Hohensinner an. Auch hier wird man mitdenken müssen, Dinge wie steigende Mietpreise, steigende Lebenshaltungskosten, wie wir das auch in vielen anderen Olympiastädten haben, auch das sollte meiner Meinung nach in einen Bericht des Sozialamtes durchaus einfließen dürfen. Soweit von meiner Seite, danke.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (17.20 Uhr).

StR. **Hohensinner**, MBA:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, werter Gemeinderat, lieber Herr Kollege Robert Krotzer. Natürlich setzen wir uns mit den Vorteilen auseinander. Warum? Wir wollen uns zu Olympischen Spielen bewerben. Wenn man das nicht will, kann man natürlich die ganzen Nachteile rauf und runter diskutieren und sammeln. Das ist ja eure wirkliche Intention, die ihr betreibt und der Spruch: „Dagegen sein ist alles“, ist

wahrlich nicht das Motto der Olympischen Spiele. Das ist das Motto und die Haltung der zweitstärksten Fraktion in diesem Haus. *(Appl. ÖVP)*

Diese Reaktion erfolgt reflexartig und ist zu 100 % dem reinen Populismus geschuldet und lässt jegliche Sachlichkeit zu diesem Thema vermissen. Wenn diese Haltung mich als Sportreferent und ein Sportprojekt trifft, dann bin ich natürlich alarmiert, da muss ich mich zu Wort melden. Wir sind, Herr Kollege Krotzer und Elke Kahr, wir sind als Stadtregierung gewählt, dass wir Ideen aufwerfen, sachlich prüfen, diskutieren und umsetzen. Genau so eine Haltung und so ein Vorgehen wünsche ich mir auch bei dieser sportlichen Idee. *(Appl. ÖVP)* Hier ist eben, das hat der Herr Robert Krotzer schon angesprochen, jedes Regierungsmitglied gefordert. Wir alle sieben sind gefordert und ich wünsche mir, dass die Elke Kahr, und das ist heute schon angesprochen worden, das als Chance sieht für die Infrastruktur. Wenn man nach Südkorea schaut, und das ist auch heute schon öfters erwähnt worden, die alternativen Antriebsmöglichkeiten, das ist wirklich vorbildlich und da ist auch Geld in die Region zu holen. Ich wünsche mir das von dir, liebe Frau Stadträtin. Vom Robert Krotzer, du hast das schon angesprochen, du hast Aufgaben, wo du dich mit dem Thema auseinandersetzen kannst und ja, wir fordern das ein von dir und nein, du brauchst jetzt nicht nur auf die Impfstelle konzentrieren, denn als Gesundheitsstadtrat kannst du auch die Paralympics zu deinem Thema erklären. Bitte, das erwarte ich mir von dir. *(Appl. ÖVP)*

Die Stadträtin Tina Wirnsberger, mit dir arbeite ich eigentlich sehr gut zusammen, was Frauensport betrifft. Wenn man die Geschichte der Olympischen Spiele genau studiert, wird man merken, dass die Olympischen Spiele wirklich den Frauensport nach vorne gebracht haben und genau hier gehört angeknüpft und diese Auseinandersetzung würde ich mir von dir wünschen.

Ich komme zum Sportbereich, das ist mein Bereich, da gibt es zwei Zielsetzungen. Gerade der Spitzensport profitiert unheimlich von den Olympischen Spielen. Der Gernot Peinhaupt, auch ein Olympia-Teilnehmer, steht hier hinten. Wir haben lange darüber diskutiert, ein wirklich positives Beispiel sind die Olympischen Spiele in England. Da hat man gezielt auf den Breitensport gesetzt, die Vereine gefördert und es

hat sich auch wissenschaftlich abbilden lassen und es hat auch den Medaillenspiegel widergespiegelt, dass sich da hier diese Investition für den Spitzensport wirklich rentiert hat. Jetzt bin ich beim Robert Krotzer, den ich wirklich mit meinem Ärger etwas sagen möchte. Ich habe die Presseerklärung von euch und du hast gesagt, ja ich erinnere an die 5%-Sperrung und die armen Sportvereine, die bekommen jetzt um 5 % weniger Geld. Lieber Robert, bevor du Angstmache betreibst bei den Sportvereinen, bitte frage mich, wie wir mit dem Budget im Sportbereich umgehen, dann hätte ich dir sagen können, wir haben eine Erhöhung des Sportbudgets von 3 Mio. auf 3,5 Mio. €, ich bedanke mich da beim Finanzreferenten und dem Bürgermeister (*Appl. ÖVP*) und diese Sperrung gilt für diese Subventionen nicht, weil ich auch ein Sparbuch hab und hier kann ich umschichten. Ich bitte dich, dass du das auch bei den Sportvereinen klarstellst. Das ist pure Angstmache und es hat der Sport wirklich nicht verdient. (*Appl. ÖVP*)

Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio: Bitte zum Ende kommen.

Hohensinner: Zur Infrastruktur sage ich nichts, das bringt den Breitensport natürlich auch voran. Ich möchte abschließen, ich glaube, ein ganz besonderes Konzept, wenn wir so ein Use to be zusammen bringen, wo wir auf die bestehende Infrastruktur aufbauen und wo wir wieder den Sport und die SportlerInnen in den Mittelpunkt rücken, das wäre für Graz, für die Region, aber auch für Kärnten, für alle Gemeinden, die teilnehmen, für Süddeutschland und für Slowenien wäre das eine einzigartige Chance und das muss uns bewusst sein, diese Chance wird einmal geboten und wird nie wieder kommen. Deshalb, bitte, nutzen wir die Möglichkeit, dass wir uns sachlich damit auseinandersetzen und dann entscheiden, ob wir das machen oder nicht. Danke. (*Appl. ÖVP*)

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Gemeinderat Haßler hat zu allen drei Anträgen eine Eingabe und wird das zusammenfassen und vortragen.

GR. Mag. **Haßler**:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Sehr geehrte Gäste auf der Zuschauergalerie. Bevor ich auf die Anträge eingehe, möchte ich, auch wenn er nicht anwesend ist, auf unseren Herrn Bürgermeister eingehen und zwar auch auf die Bilder, die er uns heute da vermittelt hat und da gleich auf eines seiner zentralen Bilder, als er gesagt hat, lasst doch das Baby in Ruhe, das erst vier Wochen alt ist und stellt es nicht gleich auf die Schi. Ich kann dem nur voll und ganz zustimmen, muss aber dazusagen, dass es nur die halbe Wahrheit ist, weil ich will auch kein Baby auf die Schi stellen, das neun Monate alt ist. Weil das ist auch unseriös. Ein neun Monate altes Baby wird auch nicht Schi fahren können und wird auch nicht ins Ziel kommen und genau das ist das Problem, vor dem wir heute stehen, bei aller Euphorie, und ich bin Sportsprecher, aber auch Finanzsprecher und habe auch zwei Seelen in meiner Brust. Aber genau sehe ich das Problem. Er hat den Vergleich sehr gut gebracht, er hat es nur nicht ganz zu Ende gedacht oder vielleicht nicht gesagt. Herr Bürgermeister hat auch von Mut gesprochen, wir sollen uns mehr Mut zutrauen. Ich bin gleich lange in der Politik in Graz wie er, also auch 20 Jahre, und ich denke, wir haben schon mehr als genug Mut in dieser Stadt gehabt. Wir waren Kulturhauptstadt, wir sind City of Design, wir sind Genusshauptstadt, wir haben die Special Olympics abgewickelt, wir werden die Euro Skills 2020 abwickeln, wir sind Menschenrechtsstadt. Wir wollen eine Gondel bauen, wir wollen einen Sessellift...

*Zwischenruf StR.ⁱⁿ **Kahr**: Nein.*

Haßler:

Ja, wir nicht, aber der Herr Bürgermeister will eine Gondel bauen, er will einen Sessellift zum Thalersee bauen, ich will gar nicht weiter aufzählen.

Verschiedene Zwischenrufe aus den Reihen der Gemeinderäte.

Haßler:

Was er durchgesetzt hat, wir schaffen es jetzt nach 30 Jahren, die Innenstadtentflechtung zu machen, das ist eine reife Leistung. Wenn wir uns in 30 Jahren für Olympia bewerben, bin ich auch dabei, dann haben wir genug Vorbereitungszeit. Daran soll es nicht scheitern.

Verschiedene Zwischenrufe aus den Reihen der Gemeinderäte.

Haßler:

Was ist die Folge dieses Mutes, die wir gehabt haben, seitdem unser Herr Bürgermeister in der Politik ist? Er hat mit 300 Mio. € den Schuldenstand der Stadt Graz übernommen. Wir sind jetzt bei rund 1,2 Mrd. € und wir werden am Ende dieser Periode nach 25 Jahren bei 1,6 Mrd. € Schulden sein. Der Mut war zwar vorhanden, aber hat auch einiges gekostet und ich befürchte, er wird in Zukunft noch viel mehr und viel schneller und viel dynamischer uns etwas kosten, weil in eurem Koalitionsviererbob, um im Sport zu bleiben, ist offensichtlich die Bremse abhandengekommen. Weil der neue Finanzstadtrat erfüllt nicht ganz die Rolle, die der Gerhard Rüschi in der Vergangenheit eingenommen hat. Der ist nämlich bei vielen guten Ideen auf die Bremse gestiegen und hat uns und der Stadt viele Millionen und auch viel Ärger erspart. Was mir heute ganz besonders bewusst geworden ist, ist der

Unterschied, der mich und meine Fraktion vom Herrn Bürgermeister unterscheidet. Der Herr Bürgermeister spricht immer davon, und jetzt weiß ich in etwa, was ihn antreibt, er spricht immer davon, er will, dass Graz auf der Weltlandkarte eine Bedeutung hat. Das ist mir persönlich vollkommen egal. Ich bin vor 30 Jahren in die Stadt Graz gekommen, hab die Wahl gehabt beim Studium, ob ich nach Wien oder Graz gehe. Ich wollte in eine Wohlfühlstadt kommen und für mich ist Graz eine Wohlfühlstadt und für mich soll Graz eine Wohlfühlstadt bleiben und deshalb bin ich aus tiefstem Herzen auch gegen diese Bewerbung, weil ich befürchte, und das sieht man am Beispiel Innsbruck, was dann herauskommt, wenn Wohlfühlen für die Bevölkerung dann vorbei ist. *(Appl. SPÖ, KPÖ)*

Was ich mir wünsche, um das andere Bild zu zeichnen, ich wünsche mir eine Stadt, wo die Grazerinnen und Grazer Infrastruktur haben, ich rede nur von Sport, es gäbe aber noch viele andere Beispiele, Infrastruktur im Sport zu haben, beispielsweise, wo man wohnortnah Sport betreiben kann, wo man Generationensportplätze hat. Ich wünsche mir einen Ausbau der Vereinsinfrastruktur. Ich möchte nicht mehr, dass Jugendliche, wie jetzt beim LUV, seit über 20 Jahren mit Schimmel in der Dusche leben müssen in den Umkleidekabinen, das alles gibt es in Graz noch und das darf es in Graz, meiner Meinung nach, nicht geben und bevor das nicht weg ist, brauche ich kein Olympia in Graz. *(Appl. SPÖ, KPÖ)*

Ich wünsche mir auch leistbare Sportstätten. Es ist für mich nicht einsehbar, dass unsere Vereine nicht ins Eisstadion Liebenau gehen, weil dort das Ganze zu teuer ist. Dass sie ausweichen müssen und dass nur einige wenige Vereine, die stärker subventioniert werden, das sich das überhaupt leisten können. Wir haben in Graz keine ausreichend leistbare Sportinfrastruktur und deshalb Geld zuerst für das ausgeben, dann können wir von mir aus an Olympia denken. Was ich auch haben will, sind Schulen, die die Möglichkeit haben, eislaufen zu gehen in der Stadt, ohne dass großartige Kosten entstehen. Was ich auch nicht haben will, um mit einem Beispiel abzuschließen: Ich will nicht länger in einer Stadt leben, in der die Eltern und Großeltern aufgefordert werden, Geld herzugeben in der Schule und im Kindergarten, damit Kopien, Bastelutensilien angeschafft werden können. Das ist in Graz noch alles

Realität und wir träumen von Olympia, von einem Abenteuer, das uns in ein Hundertmillionenloch unter Umständen hineinführen kann. Aber jetzt einmal darauf einzugehen, damit der Herr Vizebürgermeister nicht ganz streng wird, ich habe jetzt ungefähr fünf Minuten verbraucht, also 3 bis 4 hätte ich noch.

Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio: 6 Minuten. Hast du schon verbraucht.

GR. **Haßler:** Nein, die ersten drei erst. Bitte unterbrich mich nicht, das war wieder eine Minute.

Um auf den dringlichen Antrag der ÖVP und FPÖ einzugehen. Wir hätten uns eigentlich erhofft, dass nach der ersten Euphorie der Hausverstand irgendwie zum Greifen kommt, aber offensichtlich ist der mit der Euphorie mithinweggerafft worden, weil sonst kann ich mir das nicht erklären, warum eben nur das Für bewertet werden soll und keine Risiken abgeklopft werden sollen. Um es auch einmal ein wenig polemisch auszurücken, für die FPÖ vielleicht. Ich habe das Gefühl, dass bei euch nur mehr Türkis, Flieder und mit Blindheit geschlagene blaue Steigbügelhalter irgendwo unterwegs sind, denn anders kann ich mir euch Unterstützung nicht erklären. Du hast vorher gesagt, euer Finanzsprecher im Land hat gesagt, man muss alle Unterlagen auf den Tisch legen. Er hat das nicht gesagt, ich habe die Aussendung gelesen in der APA und im ORF. Er hat gesagt, das kann sich das Land Steiermark nicht leisten. Genau so hat er es formuliert. Der Michi Ehmann ist eh schon darauf eingegangen, dass das, was ihr da wollt, eigentlich in anderen Ländern vermutet werden würde, aber nicht in Graz, ich will es ein wenig abgrenzen, ich möchte nicht, dass aus einem Traum, den ihr uns jetzt vorgaukelts, letztendlich ein finanzieller und organisatorischer Albtraum wird und deshalb stellen wir den

Abänderungsantrag:

Die Mitglieder der Grazer Stadtregierung werden ersucht, gemeinsam mit den ihnen zugeteilten Fachabteilungen sowie den Beteiligungen eine seriöse Analyse über die Für und Wider, die Herausforderungen, Notwendigkeiten, Anforderungen, Chancen, Risiken und finanziellen Erfordernisse, die eine Bewerbung für die Durchführung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2026 durch Graz als Host City aus der jeweiligen Sicht mit sich bringt, zu erarbeiten und diese raschest dem Gemeinderat zur weiteren Diskussion zur Kenntnis zu bringen, wobei zumindest eine erste Zwischeninformation auf jeden Fall bereits in der kommenden Gemeinderatssitzung vorliegen sollte.

Nachdem der Herr Bürgermeister gerne mit Zitaten schließt, erlaube ich mir das heute auch und zwar ein Zitat des leider schon verstorbenen Journalisten Wolfgang J. Reus: „Je größer die Projekte, desto größer die Katastrophen“, und das will ich in Graz vermeiden. Danke.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Es mag ein reizvoller Gedanke sein, Austragungsort von Olympischen Spielen zu werden – es gilt aber sehr genau darauf zu achten, dass aus einem Traum nicht ein finanzieller und organisatorischer Albtraum wird, wie dies viele Städte zu ihrem Leidwesen zur Kenntnis nehmen mussten. Nicht zuletzt auch aufgrund der deutlichmahnenden Positionierung des Steiermärkischen Landtages, der vorgestern fast einhellig darauf verwies, dass Verantwortung und Risiko ausschließlich bei Graz und Schladming als Veranstalter liegen und über allfällige mögliche Unterstützungen überhaupt erst nach Vorlage eines klaren Konzeptes durch die Stadt Graz gesprochen werden könne, stellen wir nachfolgenden

Abänderungsantrag:

Die Mitglieder der Grazer Stadtregierung werden ersucht, gemeinsam mit den ihnen zugeteilten Fachabteilungen sowie den Beteiligungen eine seriöse Analyse über die Für und Wider, die Herausforderungen, Notwendigkeiten, Anforderungen, Chancen, Risiken und finanziellen Erfordernisse, die eine Bewerbung für die Durchführung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2026 durch Graz als Host City aus der jeweiligen Sicht mit sich bringt, zu erarbeiten und diese raschest dem Gemeinderat zur weiteren Diskussion zur Kenntnis zu bringen, wobei zumindest eine erste Zwischeninformation auf jeden Fall bereits in der kommenden Gemeinderatssitzung vorliegen sollte.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Mohsenzada:**

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich werde mich ganz kurz fassen. Jede Medaille hat zwei Seiten. Darum sollten sowohl die Chancen als auch die Risiken berücksichtigt werden. Es wäre ja reichlich absurd, wenn beispielsweise die Abteilung für Sicherheitsmanagement und Bevölkerungsschutz Terrorismusgefahren solcher Großveranstaltungen unter den Teppich kehren müsste, weil sie nur die positiven Aspekte erwähnen darf.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, den Antragstext wie folgt zu ändern: Die sieben Mitglieder der Grazer Stadtregierung werden aufgefordert, gemeinsam mit den ihnen zugeteilten Ämtern sowie den Beteiligungen die Chancen und Risiken, die eine Bewerbung für die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2026 durch Graz als Host City aus der jeweiligen Sicht mit sich bringt, schriftlich zusammenzufassen und dieses Resümee bis spätestens 9. März dieses Jahres an den Magistratsdirektor sowie den GemeinderätInnen zur Verfügung zu stellen.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Jede Medaille hat zwei Seiten. Darum sollten sowohl die Chancen als auch die Risiken berücksichtigt werden. Es wäre ja reichlich absurd, wenn beispielsweise die Abteilung für Sicherheitsmanagement und Bevölkerungsschutz Terrorismusgefahren solcher Großveranstaltungen unter den Teppich kehren müsste, weil sie nur die positiven Aspekte erwähnen darf.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, den Antragstext wie folgt zu ändern:

Die sieben Mitglieder der Grazer Stadtregierung werden aufgefordert, gemeinsam mit den ihnen zugeteilten Ämtern sowie den Beteiligungen die Chancen und Risiken, die eine Bewerbung für die Olympischen und Paraolympischen Winterspiele 2026 durch Graz als Host City aus der jeweiligen Sicht mit sich bringt, schriftlich zusammenzufassen und dieses Resümee bis spätestens 9. März dieses Jahres an den Magistratsdirektor sowie den GemeinderätInnen zur Verfügung zu stellen.

GR. Rajakovics:

Es ist ganz interessant, was da hier alles zum Besten gegeben wird. Der Klubobmann der SPÖ ganz in der Rolle des Noste vom Villacher Fasching mit einem Witz als Einleitung. Wobei du hast beim Witz etwas verwechselt, weil der mit dem Spritzer sitzt nicht in Graz, der sitzt in einer anderen Stadt. *(allgem. Lachen)*

Nichtsdestotrotz, aber immerhin habt ihr ihn verstanden.

Der Kollege Haßler übt sich als Cassandra, wobei auch da gesagt werden muss, 20 Jahre zugleich mit dem Herrn Bürgermeister eingezogen, vielleicht nicht ganz gleich erfolgreich. Vielleicht deshalb auch die verschiedene Sichtweise auf Chancen und

Risiken. Denn ich glaube, es ist notwendig, und das gehört einfach einmal betont, in der Bewerbungsphase, wo wir jetzt sind, und das gehört klargestellt, es geht jetzt darum, ob wir den Kandidatenstatus bekommen wollen. Es wäre doch absurd, ich hätte es gerne erlebt, wenn wir jetzt gleich einmal € 20.000 für eine Studie ausgeben und uns noch nicht einmal als Kandidat bewerben. Dann hättet ihr den Rechnungshofdirektor sofort eingeschaltet und gefragt, ob da der wahnsinnige Bürgermeister, der nicht einmal Kandidat ist dafür und gibt für einen Studienauftrag so viel Geld aus. Es geht am 15. März darum, ob wir den Kandidatenstatus bekommen wollen und dann, das habt ihr heute auch schon schriftlich bekommen, es ist auch im SharePoint drinnen, und dann beginnt die Zeit zu laufen bis 30. September, wo genau diese ganzen Studien auf den Tisch gehören. Dazu werden wir, und das ist auch ganz klar, da gibt es auch schon Gespräche, versuchen, dass natürlich von Beginn an auch Sponsoren dabei sind, die uns bei der Erstellung von Studien mit Aufträgen bei der FH, mit Aufträgen bei der TU etc. natürlich auch unterstützen. Nicht nur unsere Ämter. Zum Antrag, den wir einbringen, wir wollen am 15. März gemeinsam, hoffentlich mit möglichst viel Unterstützung von euch, einmal diesen Kandidatenstatus erreichen, der auch nicht fix ist. Weil das, was wir hier abgegeben haben, ist auch für das Olympische Komitee neu, auch wenn es, der Herr Bürgermeister hat heute das auch ausgeteilt und vorgezeigt, was auf der Homepage des IOC zu lesen ist, was vorgestern beschlossen wurde. Auch wenn die neuen Ziele des IOC sind, in Zukunft sollen die Olympischen Quartiere für die Olympioniken, die Quartiere, ausschließlich in Häusern sein, die auch nachher für Bewohner zur Verfügung stehen. In Zukunft soll der öffentliche Verkehr im Mittelpunkt stehen und nicht tausende PKWs, die angeschafft werden. Die meisten sind gar nicht angeschafft worden, in Sotchi hat man 5000 PKWs angeblich angeschafft, die Sportler sind trotzdem mit der Straßenbahn gefahren oder mit der U-Bahn. Wer dann mit den 5000 Autos gefahren ist, weiß man nicht, das ist auch dem IOC aufgefallen, dass das alles ein wenig suspekt ist und sie haben beschlossen, die Kosten für die Olympischen Spiele zumindest um ein Viertel zu reduzieren. Das heißt, die Zielvorgabe Kosten für Winterspiele in Zukunft, das ist das, was das IOC vorgestern beschlossen hat, sind 600 Mio. Dollar.

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Und das hilft alles nichts...

Rajakovics: Es mag sein, dass auch 500-Mio.-€-Spiele, die das IOC finanziert, was alles dann hineingerechnet wird und das sind genau diese Verwechslungen, die ihr euren Kolleginnen und Kollegen präsentiert und dann als Wahrheit verkauft. Die Stadt Oslo hat nicht gegen die Olympischen Spiele gestimmt. Oslo hat sogar mit 53 % dafür gestimmt. Der Regierungswechsel und eine sozialdemokratische Kanzlerin, ich weiß nicht, wie das in Norwegen heißt, Minister-Präsidentin in Norwegen, hat die Garantieerklärung des Landes Norwegen versagt und deswegen finden die Spiele dort nicht statt. Nicht weil die Norweger gesagt haben, wir wollen das nicht. Die Norweger haben das 52 gehabt und haben gesehen, was es gebracht hat. Mit Holmenkollen und allem, was sie damals an Infrastruktur bekommen haben, die heute noch in Betrieb sind. Die Osloer wollten die Spiele, die Regierung hat gesagt, wir geben keine Garantie und klären dafür nicht ab, das ist die Voraussetzung, weil klarerweise das Olympische Komitee nicht einer Host City Spiele übergibt, wenn nicht letztlich die Durchführung vom Gesamtstaat gegeben wird. Es sind nicht alle Bürger in allen Städten gleich so dagegen, dass man irgendetwas macht. In Österreich ist das besonders ausgeprägt im Moment, dass man gegen alles einmal ist, aber immer schön die Kirche im Dorf lassen, auch in Norwegen hat es sehr viele Begeisterte gerade in der Stadt gegeben, die die Spiele ausgerichtet hätte. Auch zu den Kosten. Ihr seid's ja alle so fest am Recherchieren; was leicht zum Recherchieren ist, wir haben in den letzten vier Jahren vier Weltmeisterschaften gehabt. Wir haben eine Weltmeisterschaft in Hochfilzen, den Biathlon gehabt, wir haben eine Weltmeisterschaft in der Ramsau, Langlauf, gehabt, wir haben eine Weltmeisterschaft in Schladming mit den Alpinen Skiweltmeisterschaften gehabt und wir haben eine Weltmeisterschaft am Kreischberg mit den Snowboardbewerben gehabt. Unter dem Strich, das kann man nachlesen, alle vier Weltmeisterschaften zusammen haben 300 Mio. € gekostet. Da sind in Schladming, da sind am Kreischberg Infrastrukturen entstanden, die wirklich auch nachhaltig genutzt werden. Auch wenn man das Kongresszentrum, eh die

Kommunisten voran im Landtag, zerfetzt in Schladming, es schreibt zumindest positive Zahlen. Ob das eine Investition war, die sich gerechnet hat oder nicht, es kommt immer auf die Seite des Betrachters an. Das ist investiert worden, war viel Geld, aber es rentiert sich. Nichts anderes haben wir dem IOC oder wir im Letter of Intent dem IOC vorgeschlagen. Wir werden ganz genau auf das eingehen, was sie selbst vorgestern beschlossen haben. Wir werden keine Infrastruktur errichten, die wir nicht nachher auch nutzen können. Wir werden versuchen, diese Spiele nachhaltig zu gestalten und wir wollen, dass diese Spiele, die Spiele selbst, die Sportstätten, Ausrüstung der Spiele, dass das mit dem Geld, das das IOC sich selbst vorgenommen hat, finanzierbar ist. Wenn ich Vancouver hernehme und dann weiß, das sind immer Zahlen, die man einfach so hinschmeißt, Vancouver, die das Budget was weiß Gott um wie viel überschritten haben. Vancouver hat die gesamten Polizeiautos ein wenig anders strukturiert, die gesamte Ausrüstung der Exekutive, inklusive 17 Hubschrauber, angeblich für die Olympischen Spiele gekauft. Die haben ihre gesamte Ausrüstung erneuert, dass ich da 17 Jahre Schulden zurückzahle, ist ja wohl selbstverständlich. Auch wenn es unter Olympia läuft, ist es nicht für Olympia gekauft worden. Es ist gekauft worden, weil Vancouver seine Polizei neu ausrüsten wollte und wenn wir in Österreich die Polizei neu ausrüsten für Olympische Spiele und vielleicht auch ein paar Anschaffungen machen, die dann zur Sicherheit in Österreich dienen dann in Zukunft, dann wird das auch wesentlich beitragen, dann werden wir wohl auch nichts dagegen haben. Wenn es eine Anbindung der ÖBB, der Koralmbahn an den Flughafen Thalerhof gibt, damit man vom Flughafen direkt ins Zentrum mit dem Zug fahren kann, dann ist das auch eine große Investition, die vielleicht anlässlich Olympia getätigt wird, wo dann irgendwann einmal nachher jemand sagt, das war wahnsinnig teuer, die haben allein für die Eisenbahn gleich 200 Mio. gezahlt. Aber das sind doch alles, wovon ihr sprecht, Investitionen, die ihr haben wollt. In Sportstätten, in Infrastruktur etc. Das werden wir dann bekommen, wenn wir, so wie bei 2003, auch aufzeigen, wir wollen etwas machen, denn nur dann auch Bund und Land gemeinsam bereit sind, bei genau diesen Investitionen entgegenzukommen. Die werden darauf pfeifen, was wir wollen, wenn wir nicht irgendein Projekt haben, wo es für sie einen Grund gibt zu sagen, ja, die Stadt

Graz gehört doch zur Steiermark, was man sich eh manchmal fragt im Landtag, wenn diskutiert wird. Die werden darauf pfeifen, uns ein Geld zu geben für den öffentlichen Verkehr, auch wenn 48 Mio. jetzt ein nettes Zubrot sind, aber da geht es in Wirklichkeit darum, was wir wollen, um andere Investitionen und die werden wir dann bekommen, wenn wir etwas vorzeigen können, was auch der Republik und dem Land Steiermark letztlich öffentlichkeitswirksam wirkt. Innsbruck profitiert bis heute, 42 Jahre nach den Spielen heißt es, Innsbruck war Olympiastadt und sie bewerben nach wie vor sich als Olympiastadt, als Sportstadt. Die Infrastruktur, die damals geschaffen wurde, die muss heute erneuert werden. Das ist der Grund, warum Innsbruck diesen Aufschwung genommen hat. Ohne Leuchtturmprojekte ist es ganz schwer und das ist keine Großmannssucht, ist es ganz schwer, dass wir unsere Stadt und in unsere Stadt Investitionen bekommen, die eigentlich alle anderen auch haben wollen. Linz braucht ein Geld, Salzburg braucht Geld, Salzburg braucht sogar viel Geld, denn die haben ganz andere Probleme mit den Wohnpreisen. Aber wenn man sich nicht traut, wird vom Bund und vom Land letztlich auch wenig kommen. Zu den Kosten, die mit dem Letter of Intent zusammenhängen: Schladming hat nicht 200.000 Euro beschlossen für Olympia, Schladming hat 200.000 € beschlossen für ...

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Thomas, die Zeit ist leider vorbei.
Schlusssatz.*

Rajakovics:

Hat es nicht geheißen, zu vier dringlichen Anträgen?

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Es sind drei dringliche Anträge, drei mal drei Minuten.

Rajakovics: Dann sage ich nur eine Zahl, weil sie wichtig ist. Schladming hat beschlossen, mit der Region 200.000 Euro für die Bewerbungsphase, von der wir nicht einmal noch wissen, aber ausgehen, dass sie vielleicht bis zu 7, 8, 9 Mio. kosten kann, falls der Bund seine Zusage wie gegenüber Innsbruck einhält, dass sie 4,2 Mio. in so eine Bewerbungsphase hineinlegen. Das heißt, Schladming und wahrscheinlich auch die anderen Gemeinden und wir gemeinsam müssten, so wir Bewerber werden, alle Studien uns sagen, das ist eine Chance für uns und das wird mit dem Letter of Intent ausgelöst, wo noch gar keine, wo vielleicht eine sechsstellige Summe, aber bei weitem noch nicht das notwendig ist an Geld. Erst mit der Bewerbungsphase. Schladming hat jetzt schon für die Bewerbungsphase vorgesorgt und hat das mitbeschlossen. Das ist nicht das Geld, was sie für Olympia ausgeben wollen. *(Appl. ÖVP + FPÖ)*

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Herr Stadtrat Krotzer möchte etwas berichtigen.

StR. **Krotzer:**

Ja, eine Berichtigung zu den Zahlen vom Thomas Rajakovics, der die Kosten für die vier erwähnten Weltmeisterschaften mit 300 Mio. beziffert hat. Der Bundesrechnungshof hat allein für Schladming Schi WM 417 Mio. Euro...

*Zwischenruf GR. **Stöckler:** 414 Mio. Euro*

*Zwischenruf StRⁱⁿ **Kahr:** Ach so, du weißt das eh? Das ist ja noch besser...*

Krotzer: 414 Mio. Euro allein die Ski WM in Schladming.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Meine Damen und Herren, über die Zahlen werden wir wahrscheinlich in Zukunft noch diskutieren, nachdem sie heute noch wirklich nicht feststehen. Ich wiederhole, wir haben drei Stücke und jeweils drei Minuten sind zu nutzen. Das heißt, neun Minuten, und ich schau deswegen. Das heißt, wenn sich jemand gemeldet hat und die neun Minuten aufgebraucht sind, ist die Geschichte für mich erledigt. Als Nächster hat sich Herr Klubobmann Sippel gemeldet.

GR. Mag. **Sippel:**

Herr Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat. Es ist abenteuerlich, was hier für Assoziationen passieren. Kollege Ehmann bemüht sogar die Burschenschaft. Ich kann dir sagen, du brauchst keine Angst zu haben, Fechten ist eine Disziplin der Sommerspiele, da brauchst du dich nicht sorgen. Was mich schon verwundert, und das zeigt, was das für ein Politikum ist, gegen die Special Olympics war niemand. Die haben auch gekostet.

*Zwischenruf StRⁱⁿ **Kahr:** Wieso denn?*

Sippel:

Da haben wir vielen geistig behinderten Sportlern in unserer Stadt, in unserm Land gezeigt, was wir können, was wir drauf haben. Warum sollen wir das nicht auch für körperlich behinderte Menschen ermöglichen? Denn die Paraolympics hängen nämlich an den Olympischen Spielen dran. Ich glaube, das ist ja ein weiteres Argument, das hier ins Treffen geführt werden sollte. Wie vorher die Finanzen angesprochen wurden. Es wäre wirklich an der Zeit, dass hier ein paar den Grundkurs in VWL machen. Denn das so eng zu sehen, das ist ja absolut nicht zulässig. Da muss man sich die Synergieeffekte auch ansehen, wenn ich so eine Investition tätige über die Wirtschaft, über den

Tourismus. Da kommt ja irrsinnig viel wieder herein. Wenn ich nur denke, Graz als Aushängeschild in der Welt. Allein die Werbekosten, die dafür notwendig wären, wenn wir eine ähnliche Breite erreichen. Die Dinge muss man ganz einfach auch einberechnen. Lieber Robert Krotzer, ich halte dich eigentlich für einen gescheiten Menschen, aber diese Rechnung, die du hier anstellst, das ist wirklich abenteuerlich. Diese Gegenrechnung, die du da machst, wenn man da investiert, was da nicht alles dann noch mit dem Geld finanziert werden kann. Da kann ich ja genauso sagen, da würden mir viele kulturelle Projekte einfallen, das muss jetzt auch nicht unbedingt sein, und wie viele Gemeindewohnungen wir damit bauen könnten. Das ist einfach nicht seriös, wie du das angehst. Du hast ja gerade vorgerechnet...

Zwischenruf StR. Krotzer: Ja, aber nur aus meinem Referat.

Sippel:

Ja, aus deinem Referat hast du vorgerechnet, wie viele Dinge du da finanzieren könntest, wenn wir dieses Geld nicht in die Bewerbung stecken. Das ist ja nicht seriös und das ist auch ein wenig schade, muss ich sagen. Auch der Rudi Hundstorfer hat sich anscheinend nicht durchgesetzt in der SPÖ, weil er hat nämlich in Schladming gesagt, er ist ja der Obmann der BSO, der Bundessportorganisation. Er hat gesagt, er wird etwas mit dir reden, weil das wäre für die Sportorganisation Österreichs sehr wichtig, dass das kommt. Er hat sich scheinbar parteiintern nicht durchgesetzt. Versteht man jetzt auch ein wenig, warum ihr so schlecht abgeschnitten habt bei der Bundespräsidentenwahl. Die Unterstützung der eigenen Partei hat er nicht gehabt. Aber weil du auch Nordkorea bemüht hast, lieber Michi Ehmann. Olympische Spiele und Nordkorea, ich finde das durchaus positiv, was da passiert. Denn es gibt erstmals ein gemeinsames Ding von Nord- und Südkorea. Beispielsweise in Eishockey. Sie marschieren auch unter gemeinsamer Flagge ein. Das ist auch ein positiver Aspekt und ich glaube, wir sollten nicht die ganze Zeit hier Schlechtes kultivieren, sondern

endlich einmal Positives aktivieren und das sollte der Zugang sein. Weil es hier schon wieder gekommen ist mit der Volksbefragung. Ich weiß nicht, ob du mir nicht zugehört hast vorher, lieber Karl Dreisiebner. Selbstverständlich ist eine Volksbefragung nicht nur legitim, sondern durchaus auch, wahrscheinlich dann, notwendig. Aber sie nur allein in Graz durchzuführen, das ist undemokratisch.

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr und StR. Krotzer: Wieso denn?

Sippel:

Warum sollen Grazer über Schladming mitentscheiden können? Warum sollen Grazer über Kärntner, die vielleicht auch eine Austragungsstätte sind, mitentscheiden können?

Verschiedene Zwischenrufe.

Sippel:

Das ist vermessen und dabei bleibe ich.

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Die Steirer haben gesagt, sie wollen net.

Sippel:

Ja, selbstverständlich, deswegen haben wir ja auch diesen Abänderungsantrag gestellt. Aber warum soll Graz allein abstimmen, ob wir diese Olympischen Spiele in ganz Österreich wahrscheinlich durchführen können? Das halte ich für nicht demokratisch.

Abschließend, ich habe jetzt wirklich länger nachgedacht, was ist der einzige Grund, was gegen eine Host City Graz spricht. Host kommt von Gastfreundschaft, das ist eigentlich das, in der Auslage stehen und dass dann die ganze Welt sieht, dass wir so eine kommunistische Partei in Graz haben. Da muss man sich ja wirklich schämen.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (17.55 Uhr).

Bgm. Nagl:

Ich übernehme wieder den Vorsitz. Eine Berichtigung von Herrn GR. Rajakovics.

GR. Rajakovics:

Nur zur tatsächlichen Berichtigung. Das ist genau das, was der Fehler ist, wenn man den Bundesrechnungshof einfach so ansieht. Ich habe davon gesprochen, was die Durchführung von vier Weltmeisterschaften gekostet hat. Im Bundesrechnungshofbericht drinnen ist von der Kläranlage bis über die Verlegung der Straße, bis zum Ausbau des Bahnhofes etc. alles hineingerechnet und das heißt dann, das haben die Weltmeisterschaften in Schladming gekostet. Genau das hoffe ich, dass solche Investitionen kommen. Aber ihr tut immer so, dass die Olympischen Spiele so viel kosten. Ich habe gesagt, 300 Mio. haben vier Weltmeisterschaften bei der Durchführung gekostet. Was dann in Hochfilzen oder in Schladming an Infrastruktur vom Bund und Land hineingesteckt wurde, damit das besser ist und schöner, das erhoffe ich mir ja von Graz. Aber bitte nicht immer so tun, als ob diese Summen ein notwendiges Übel für die Olympischen Spiele sind. Die Schladminger gehen noch immer aufs Häusl, obwohl die Weltmeisterschaft vorbei ist. Die Kläranlage haben sie gebraucht, also bitte. *(Appl. ÖVP)*

Bgm. Nagl:

Vom Häusl bis zur Hundehütte, kann morgen tolle Schlagzeilen geben. Der Nächste, der sich zu Wort gemeldet hat, ist Herr Gemeinderat Alic.

GR. Alic:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrter Herr Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Gemeinderat. Wir haben jetzt schon so viel über Olympische Spiele geredet, ich komme mir schon vor wie in Herr der Ringe. Ich möchte jetzt ausdrücklich sagen, Herr Bürgermeister, Sie haben es zitiert, ich darf jetzt, wenn es genehm ist, Sie zitieren. Sie haben zwei richtige Dinge, Sie haben vielleicht auch mehrere richtige Dinge gesagt, aber zwei, die ich durchaus nachvollziehen kann und zwar einerseits persönlich und andererseits dienstlich. Und zwar, dass die Zeit schneller vergeht, je älter man wird, das weiß ich sehr gut und vor allem nach Mitternacht, der Kollege aus der Gastronomie wird mir das bestätigen können und das andere ist, Zahlen, die wir jetzt nennen, und zwar alle Zahlen, sind unseriös. Eh klar. Ich arbeite in einer Welt, wo man praktisch nicht einmal alle Grundrechnungsarten braucht, weil wir nur mit ganzen Zahlen arbeitet. Einsperren kann man nur einzelne Personen und auslassen auch, wenn alles gut geht, als Ganzes. Und ob man jetzt eine halbe Portion ist oder schizophren, du bekommst immer nur eine Mahlzeit. Wirklich, ich tu mir sehr einfach, Zahlen seriös zu nennen. Das gilt jetzt aber auch für die Zahl 32 und für 2/3-Mehrheit hier im Gemeindeart braucht es 32 Stimmen und diese Zahl wurde genannt. Das finde ich nicht ausdrücklich unseriös, aber das ist einfach Politik, die 2/3-Mehrheit als Politik zu nennen. Zu 2/3 stimmen wir ab zur Volksbefragung, für Sonderausschüsse oder einfach für Berichte, die wir im Gemeinderat brauchen. Auch diese Zahl ist natürlich nicht unseriös, das ist einfach Politik. *(Appl. KPÖ, Kahr, SPÖ)*

Bgm. Nagl: Ich möchte noch einmal etwas zu den Zahlen sagen. Nachdem heute mit so viel Zahlen wieder, wenn ich sagen darf, jongliert wurde, das habe ich auch gesagt, es

wäre unseriös, da bin ich mit Ihnen deckungsgleich, es wäre unseriös, wenn wir heute überhaupt Zahlen in den Mund nehmen. Um eine wirkliche Entscheidung im Gemeinderat, vielleicht in einem Steierischen Landtag, in einem Kärntner Landtag, in anderen Gemeinden, in der Republik Österreich zu bewirken, braucht es fundierte, ermittelte Zahlen, die nur durch eine Machbarkeitsstudie zustande kommen. Ich möchte auch da noch einmal etwas betonen, weil man jetzt gleich Ausschüsse und Rechnungshof und alles wünscht. Es kann sein, dass gar nicht alle Orte, die wir genannt haben, wirklich ihre Beschlüsse haben. Es kann sein, dass das Olympische Komitee oder das IOC oder das deutsche Olympische Komitee auch nein dazu sagen. Es kann sein, dass wir im Zuge dieses Kandidatenstatus bis zum Bewerbungsstatus mit dem Olympischen Komitee, wie die selbst sagen, das wollen wir nicht, das kommt gar nicht in Frage, dann wird es auch nicht stattfinden. Es gibt noch viele Eventualitäten und alle Fragen, die heute gestellt wurden hier, sind berechtigt. Es gibt so viele Fragen, die hier zu klären sind. Meine Bitte ist ja heute nur, dass wir uns jetzt nicht gegenseitig gleich in Stellung bringen, sondern dass wir das doch noch einmal bis zum Schluss zusammenbringen. Das wäre meine Bitte und mein Appell, wird heute nicht sein, wird vermutlich am 15. März noch nicht sein. Aber wenn wir wirklich seriöse und fundierte Zahlen und Ziffern haben, dann wäre es schön, wenn vielleicht doch noch das auch hineinkäme, wovon Marion Kreiner gesprochen hat. Das wird dann schon, wenn wir glauben, dass wir das schaffen können, gemeinsam sagen und jetzt gehen wir das an. Es gibt viele, die mit Emotion, die mit dabei waren und wichtig waren für mich, die Sportverbände. Ich habe vorher ja mit niemandem reden können. Es ist leider wieder durchhinaus gesickert, wodurch, weiß ich nicht, aber dann war es in der Zeitung und dann war eh nix. Eigentlich haben wir vorgehabt, einmal mit Landes-, Bundespolitikern, mit den Verbänden und mit ein paar Bürgermeistern, die wir brauchen, und eine Bürgermeisterin ist auch dabei, Ramsau, da haben wir gesagt: „Können wir uns einmal hinsetzen und schauen ob das geht.“ Aber ihr kennt die Medienlandschaft, es war einmal draußen, dann hätten wir nur noch gleich absagen können oder wir haben gesagt, nein, wir wollen es. Wir wollen es von unten herauf probieren. Es waren die Sportverbände und die Bürgermeister. Das war nicht irgendjemand von oben, der

gesagt hat, Österreich macht jetzt Spiele, wie es in anderen Ländern so der Fall ist. Jetzt kommt es von unten hinauf. Natürlich wollen wir alle mitnehmen und möglichst viele mitnehmen. Es wird immer Kritiker geben. Aber das wäre heute so meine Bitte an den Gemeinderat. Egal, wie er auch jetzt beiden drei verschiedenen Anträgen, Zusatz-, Abänderungs-, Dringlichkeitsanträgen abgestimmt wird. Bitte lassen wir einmal dann gemeinsam zu, dass Experten, die wir einsetzen werden und die wir finden werden, ein Projekt zusammenstellen und entscheiden wir dann, ob wir uns das zutrauen oder nicht. Im Moment ist es eine nicht in Weinlaune entstandene Idee von zwei Bürgermeister*innen, die es einfach traurig gefunden haben in den Weihnachtsferien, dass Innsbruck und Tirol die Geschichte geschmissen haben, obwohl sie so guten Chancen gehabt hätten. In der Zwischenzeit wird das immer stärker dieses Bild und deswegen freue ich mich über diesen Beschluss, den die da plötzlich am 6. Februar noch einmal gefasst haben. Selbst ich weiß noch gar nicht, was jetzt alles am 6. Februar im Internationalen Komitee an neuen Vorgaben für Olympische Spiele gemacht wurden. Nur so wie es aussieht, sind wir auf einer wirklichen Kehrtwende von Olympischen Spielen. Dann vielleicht Österreich, wo de facto Winterspiele mitentstanden sind. Denn wo ist denn Schi fahren erfunden worden und die ganze Geschichte? Dass das dann wieder in Österreich wäre, wäre wirklich eine tolle Geschichte. Jetzt haben wir, ich weiß nicht, wie viele Anträge und Abänderungsanträge. Eine Geschichte auch noch, damit auch die Menschen ein wenig mehr erfahren, werden wir ganz offiziell, so wie wir das auch immer wieder tun können, eine Bürgerinformationsveranstaltung von der Stadt Graz am 12. März um 18.30 Uhr in der Grazer Messe organisieren. Bitte das vormerken, danke.

StRⁱⁿ Wirnsberger:

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderatssitzungssaal, auf der Stadtregerungsbank. Das war jetzt eher schon ein Stichwort, diese Bürgerinformationsveranstaltung, die Sie da angesprochen haben, Herr Bürgermeister.

Ich muss sagen, vom ersten Moment an, als ich von der Olympischen Idee erfahren habe, klar denkt man sich zuerst einmal, ja, kann man sich sachlich ansehen, warum denn auch nicht? Aber mit jedem zunehmenden Tag und auch im Laufe dieser Sitzung hier ist meine Skepsis immer größer und größer geworden. Da geht es gar nicht darum, dass ich irgendwelche inhaltliche Kritik prinzipiell an Spielen hätte, sondern ich finde das einfach absolut bedenklich, wie sorglos hier umgegangen wird mit den Geldern dieser Stadt.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Mit keinem Cent wird sorglos umgegangen!

Wirnsberger:

Gelder, die dafür zur Verfügung stehen, dass es den Menschen in Graz wohl ergeht. Mit welcher Sorglosigkeit!

Verschiedene Zwischenrufe.

Wirnsberger:

Ich höre hier sehr vieles wie, die Emotionen sollen wir mitnehmen, wir sollen eine Begeisterung haben, der Funke soll überspringen, der olympische zu uns. So, wenn ich jetzt aber höre, da soll eine Bürgerinformationsveranstaltung gemacht werden. Die Art und Weise, wie ihr Information versteht, die erkennt man an diesem dringlichen Antrag. Information ist offensichtlich nicht in der Form gewünscht, dass man hier eine seriöse, objektive Auseinandersetzung haben will. Ihr verdonnert sogar unsere Fachämter, deren Aufgabe das ja ist, uns sachliche, objektive Grundlagen für politische Entscheidungen zu liefern dazu, uns nur positive Aspekte herauszuarbeiten?

Zwischenruf GR. Dr. Piffli-Percevic: Ja, die negativen wären besser, oder wie?

Wirnsberger:

Ich glaube, das hat es in diesem Haus zuvor noch nie gegeben. Dass es per Beschluss eine Weisung an die Fachämter gibt, dass sie etwas nur positiv beurteilen dürfen. Wir haben das im Übrigen auch schon erlebt bei der Tiefgarage, Herr Bürgermeister. Da haben Sie zwar keinen Antrag dazu eingebracht, aber da haben Sie das auch schon in diese Richtung den Fachämtern angedeutet. Da nimmt die Skepsis natürlich zu. Wenn ich dann im Landtag höre, dass dort der olympische Funke offensichtlich ganz und gar nicht übergesprungen ist. Ich habe nämlich weder im Land noch im Bund irgendjemanden Jubelstürme ausrufen hören.

Ich weiß schon, der Herr Bürgermeister erzählt das alles mit sehr leuchtenden Augen, aber da ist offensichtlich niemand angesteckt, im Gegenteil. Wir haben hier und heute den Wissensstand, dass es keine Finanzierung vom Land geben wird. Dass es keine Finanzierung vom Land für Olympische Spiele gibt.

Zwischenruf GR. Stöckler: Wer hat das gesagt?

Wirnsberger:

Das hat der Herr Landesrat Lang verlesen lassen.

Zwischenruf GR. Dr. Piffli-Percevic: Sie haben keinen Spielraum dafür.

Wirnsberger:

Dann frage ich mich auch, wo ist denn bitte unser Herr Finanzstadtrat? Ich sehe ihn, er sitzt da hinten, aber wo ist denn der Finanzplan oder zumindest ein Überblick über den finanziellen Spielraum, den wir hier haben? Auf welcher Grundlage sollen unsere Fachämter überhaupt etwas ausarbeiten oder uns vorbereiten können? Auf welcher Grundlage wollen Sie Bürgerinnen und Bürger informieren? Ich frage mich tatsächlich, welche Vorstellung von Information ihr habt?

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Gmeinbauer**: Hast du nicht zugehört vor 20 Minuten?*

Wirnsberger:

Ich fühle mich selbst als Mitglied dieses Stadtsenats nicht informiert, Herr Bürgermeister. Ich habe Sie im Stadtsenat zweimal ersucht, bitte fassen Sie das schriftlich zusammen und lassen Sie das auch den Klubs zukommen.

*Zwischenruf GR. Mag. **Sippel**: Antrag lesen, da steht es drinnen.*

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Heuberger**: Thema verfehlt.*

Wirnsberger:

Wir sollen aufgrund von leuchtender Augen und einer Begeisterung, die durchaus nachvollziehbar und ja auch schön ist, diese Entscheidung treffen. Hier und heute. Mit dem Wissensstand und wenn wir sehr vieles nicht wissen, mit dem Wissensstand, den wir haben, wäre dieses Projekt ad acta zu legen, denn die Finanzierbarkeit ist nicht sichergestellt. Jetzt wissen wir aber, dass ihr das dennoch im Alleingang durchziehen

wollt, ungeachtet dessen, ob es da Bedenken oder Kritik daran gibt. Daher haben wir gesagt, ok, dann fordern wir zumindest einen Sonderausschuss, der die Möglichkeit hat, da kontrollierend drauf zu blicken, das wirklich alles zu begleiten und zu durchleuchten und sich da eine sachliche Meinung zu bilden. Was macht ihr? Einen Kuhhandel beantragt ihr, da wo es dann wieder heißt, ja, wenn ihr mit einer 2/3-Mehrheit da im März zustimmt, dann wird es diesen Sonderausschuss geben. Die politische Vorgehensweise, wie hier sowohl mit Fachämtern umgegangen wird als auch mit der Opposition, die einfach nur eine Möglichkeit haben, möchte hier kontrollierend und ich bin überzeugt davon, dass wir das brauchen, drauf zu blicken auf diese Idee...

*Zwischenruf GR. **Sippel**: Warum habt ihr das bisher noch nicht getan?*

Wirnsberger:

Das halte ich für reichlich bedenklich, welcher politischer Geist hier in diesem Hause leider zu herrschen scheint.

Bgm. Nagl:

Wir fällen heute keine Entscheidung über Olympia. Ich wurde gebeten und ich habe es auch versprochen, dass ich jedem Stadtsenat und in jeder Gemeinderatssitzung den Wissensstand wieder preisgebe und informiere. Jetzt kommen jede Menge dringliche Anträge, aber keiner davon ist, wenn ich so sagen darf, jetzt auch eine Entscheidung pro Olympia, gegen Olympia und ich freue mich eh, dass jetzt viele Ideen einmal diskutiert wurden, dass wir uns intensiv damit beschäftigt haben und es wird so weitergehen. Ich habe früher schon Stadtsenatsmitglieder von der grünen Fraktion erlebt, die mit mehr Phantasie ans Werk gegangen sind, als sich herzustellen und zu

sagen, das war es, jetzt können wir das ad acta legen. Da bin ich fassungslos. (*Appl. und allgemeines Gelächter aus den Reihen des Gemeinderates*)

Aber sei es drum, wie gesagt, heute fällt keine wichtige Entscheidung. Eine Entscheidung soll am 15. März im Gemeinderat fallen und bevor eine Entscheidung am 15. März im Gemeinderat fällt, wird es nicht nur Stücke geben, wird es nicht nur Kosten geben, wird es nicht nur einen klaren Antrag hier als Stück geben, sondern wird es auch im Vorfeld eine Veranstaltung geben, wo wir den Bürgerinnen und Bürgern einmal zeigen wollen, wovon wir da reden und welches Stück da vorbereitet wird. Das ist alles sehr seriös und hat alles Hand und Fuß. Jetzt sage ich noch einmal dazu, wir hätten uns eher, nicht von den Fachbeamten, wir hätten uns eher von den Stadtsenatskollegen erwartet, einmal darüber nachzudenken, wie das aussehen kann. Man könnte darüber nachdenken als Gesundheitsstadtrat, wie im Jahr 2026 die Volksgesundheit, um ein Wort zu nehmen, das eher nach KPÖ klingt, in Graz um Wesentliches verbessert worden ist. Wir hätten die Chance darüber nachzudenken, wie der öffentliche Verkehr und das Verkehrsproblem, das wir haben in Graz, vielleicht mit Hilfe vom Bund und Land oder vielleicht auch mit Mitteln, die vom IOC kommen, verbessert wird und damit auch die Feinstaubangelegenheit, die eine Umweltreferentin, wenn ich so sagen darf, durchaus bewegen wird. Das wäre mir so wichtig. Wie gesagt, das habe ich gar nicht verstanden, wieso man alles ad acta legen soll. Das war irgendwie ...

Zwischenruf GR. Dr. Piffli-Percevic und GR. Pogner: Thema verfehlt!

Bgm. Nagl:

Wie auch immer, mir fällt es gar nicht ein.

Ich darf auf der ZuhörerInnengalerie ganz herzlich den Herrn Vizebürgermeister Mag. Detlev Wimmer aus Linz mit vielen Kollegen und Mitarbeitern begrüßen, die

heute zum Erfahrungsaustausch auch in Graz sind. Herzlich willkommen. (*Allgemeiner Applaus*)

Und er wollte sich nicht die Rhetorik des Grazer Gemeinderates entgehen lassen. Schön, dass Sie da sind.

ad) 5.1.

Olympische und Paraolympische Winterspiele Graz/Austria 2026 brauchen das Bündeln aller Kompetenzen und Kräfte des Hauses Graz (GR.ⁱⁿ Kreiner, ÖVP)

Der Abänderungsantrag der KPÖ wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, KPÖ, SPÖ, Swatek) abgelehnt.

Der Abänderungsantrag der SPÖ wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, KPÖ, SPÖ, Swatek) abgelehnt.

Der dringliche Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, KPÖ, SPÖ) angenommen.

ad) 5.3.

Einsetzung eines Gemeinderatsausschusses zum Zweck der Information und begleitenden Kontrolle der Bemühungen der Stadt Graz um eine Bewerbung als Host City für die Olympischen Spiele 2026 (GR. Dreisiebner, Grüne)

Der Abänderungsantrag der ÖVP wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, KPÖ, SPÖ, Swatek) angenommen.

Der Zusatzantrag der KPÖ wurde zurückgezogen.

[ad\) 5.4.](#)

**Olympische Spiele 2026: permanente Information und laufender Diskurs
(GR. Ehmann, SPÖ)**

Der Abänderungsantrag der ÖVP wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, KPÖ, SPÖ, Swatek) angenommen.

Der Zusatzantrag der KPÖ wurde zurückgezogen.

Bgm. Nagl:

Dann haben wir das Thema Olympia für heute abgehandelt. Wir kommen nun zum nächsten dringlichen Antrag.

**5.5 Drohende Studienbeiträge für berufstätige Langzeitstudierende
(GR. Luttenberger, KPÖ)**

Luttenberger:

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Gäste. Bevor ich zu meinem Dringlichen komme, eine ganz kurze, launige Bemerkung. Also mein Beitrag zu Olympiadebatte wäre einfach: Als erste Stufe würde ich vorschlagen, dass wir wieder im zweiten Stock wieder einen Getränke- und Kaffeeautomaten installieren würden. (*Appl. KPÖ*)

Wenn wir diese Hürde schaffen, bin ich durchaus offen, dass Sie uns dann in die Olympiadebatte einlassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr habt sicher auch gelesen um was es geht. Ich möchte es auch kurz halten, obwohl das Thema ja schon eine gewisse Traurigkeit in sich birgt. Es geht darum, um es abzukürzen. Es gibt einen Verfassungsgerichtshofsentscheid, wonach berufstätige Studentinnen und Studenten, wenn es nicht ausgebessert wird, ab Juni möglicherweise Studienbeiträge zu zahlen haben. Was sind berufstätige Langzeitstudenten? Sicherlich nicht jene Studentinnen und Studenten, die möglicherweise jahrzehntelang ihrem Studium nachhängen, sondern es gibt ein genaues Prozedere dafür. Das sind Damen und Herren, die eine Mindeststudienzeit plus 2 Semester aufweisen und die in ihrem Beruf oder in ihrem Nebenberuf ein Einkommen haben, was dem 14-fachen der Geringfügigkeitsgrenze entspricht, nämlich rund 6.000 €. Das Bildungsministerium hat gesagt, wir sind in Vorbereitung, überhaupt im Bildungswesen andere Gesetzmäßigkeiten vorzubereiten und deswegen werden wir das nicht nachbessern und lassen das mit Ende Juni auslaufen. Das ist natürlich ein Problem. Als gelernter Österreicher kann ich mir natürlich vorstellen, da gibt es die Argumente, das ist zu früh, das ist zu spät, oder man sagt, warum kommst du überhaupt damit daher, aber ich bitte trotzdem, das zu versuchen, das zu analysieren. Warum ich diesen Antrag stelle, ist deswegen, weil es in einigen Landeshauptstädten durchaus in den Teams und den Rektoren und von der Hochschülerschaft Versuche gibt, das auf jeden Fall zu reparieren, damit diesen berufstätigen Langzeitstudentinnen und Studenten das erspart bleibt, was droht.

Nämlich, obwohl sie arbeiten, müssen sie zahlen und irgendwie ist das schon unpassend und deswegen unser Antrag oder mein Antrag an die Stadt Graz, auch deswegen, weil das kostet ja kein Geld, da geht es nur um Solidarität, aber immerhin.

1. Die Stadt Graz richtet sich auf dem Petitionsweg, ich betone das, an den Bundesgesetzgeber, um den Erlass bzw. die Rückerstattung von Studienbeiträgen für berufstätige LangzeitstudentInnen beizubehalten und unterstützt damit die Grazer Hochschulen, RektorInnen und die ÖH in ihren Bemühungen.
2. Sollte eine Regelung auf gesetzlicher Ebene nicht zustande kommen, nicht gefunden werden, fordert die Stadt Graz die Verantwortlichen der Grazer Hochschulen auf, alternative Lösungen, beispielsweise einen Erlass bzw. eine Rückzahlung der Beiträge für Berufstätige oder andere lokale Lösungen, für die Hochschulen am Standort Graz auszuarbeiten, damit die ab dem Wintersemester 2018/19 für berufstätige LangzeitstudentInnen drohenden Studienbeiträge nicht schlagend werden.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Nach einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes läuft die Studienbeitrags-Befreiung für berufstätige Langzeitstudenten mit Juni dieses Jahres aus, falls sie vom Bildungsministerium bis dahin nicht repariert wird. Bereits im vergangenen Jahr hat die ÖH gemeinsam mit einer Rechtsanwaltskanzlei einen Vorschlag für einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, der den verfassungsgemäßen Zustand wiederherstellen würde. Die Bundesregierung hat aber bereits angekündigt, die derzeit noch gültigen Bestimmungen auslaufen zu lassen, da in den nächsten Jahren ohnehin eine Neuregelung bei den Studienbeiträgen geplant sei.

Die aktuelle Regelung sieht vor, dass Studierende aus Österreich bzw. der EU innerhalb der Mindeststudienzeit plus zwei Semestern von der Zahlung von Studienbeiträgen befreit sind.

Berufstätige Langzeitstudierende können einen Antrag auf Erlass der Studienbeiträge (363,36 Euro pro Semester) stellen, vorausgesetzt, sie können Einkünfte von mindestens des 14-fachen der Geringfügigkeitsgrenze (ca. 6000 Euro) nachweisen.

Das Auslaufen der Befreiung für berufstätige LangzeitstudentInnen hat – zu Recht – zu einem Diskussionsprozess der Verantwortlichen mehrerer Hochschulen in österreichischen Landeshauptstädten, so auch in Graz, geführt. Es wird nach Wegen gesucht, nach dieser für erwerbstätige Studierende fatalen Auswirkungen der VfGH-Entscheidung am Uni-Standort Graz eine gemeinsame Lösung für die Betroffenen zu finden, denn wer neben dem Studium arbeiten muss, hat es ohnehin schon schwer genug. „Diese Studenten/innen sind uns sehr wichtig und sollen auch weiterhin studieren können“, argumentierte kürzlich auch der Pressesprecher der Universität Graz, Andreas Schweiger. Fakt ist, dass sich viele Studierende in Graz mit Jobs bzw. Nebenjobs ihr Studium finanzieren. Eine Bestrafung, eine Sanktion seitens der Bundesregierung wäre wohl mehr als kontraproduktiv und kann auch nicht im Sinne zeitgemäßer Bildungspolitik sein.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

- 1. Die Stadt Graz richtet sich auf dem Petitionsweg an den Bundesgesetzgeber, um den Erlass bzw. die Rückerstattung von Studienbeiträgen für berufstätige LangzeitstudentInnen beizubehalten und unterstützt damit die Grazer Hochschulen, RektorInnen und die ÖH in ihren Bemühungen.*
- 2. Sollte eine Regelung auf gesetzlicher Ebene nicht gefunden werden, fordert die Stadt Graz die Verantwortlichen der Grazer Hochschulen auf, alternative Lösungen, beispielsweise einen Erlass bzw. eine Rückzahlung der Beiträge für Berufstätige oder andere lokale Lösungen, für die Hochschulen am Standort Graz auszuarbeiten, damit die ab dem Wintersemester 2018/19 für berufstätige LangzeitstudentInnen drohenden Studienbeiträge nicht schlagend werden.*

Vorsitzwechsel – StR. Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (18.15 Uhr).

GR. Dr. **Piffl-Percevic:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Kurt, hoher Gemeinderat, werte Gäste auf der Galerie. Die Studienbeiträge, die Studienfinanzierung, ich fange so an, ist im Regierungsprogramm der Bundesregierung nachzulesen. Die Universitätenfinanzierung soll relativ schnell auf neue Beine gestellt werden. In weiterer Folge, Herr Minister hat gemeint, ein bis zwei Jahre mindestens werden auch die Studienbeiträge neuen Überlegungen zuzuführen sein. Hintergrund, wurde schon angeschnitten, ist ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes, wonach die derzeitige Regelung für langzeitstudierende Berufstätige verfassungswidrig ist. Da musste man den Steuerbescheid vorlegen und es hat sogar sein können, wenn einer Abschreibungen hat, weil er auch selbständig tätig war, unter die Einkommensgrenze kam. Er musste ein Mindesteinkommen nachweisen. Das heißt, er musste nachweisen, dass er arbeitet, dass er berufstätig ist und eine gewisse Höhe nachweisen. Hatte er viel mehr verdient, hat aber Abschreibungen gehabt, hat er keine Befreiung bekommen. Diese Bestimmung war eine einzige Falle. Der Verfassungsgerichtshof hat sie weggeräumt. Das ist aber ein Hinweis, dass auch eine Ersatzregelung, ob die jetzt von den Universitäten getroffen wird, das könnten sie, oder vom Gesetzgeber ein sehr glattes oder ein dünnes Eis sind. Auf diesem Weg, ich kann es auch in diesem Punkt kurz machen, das Bildungsministerium denkt derzeit nicht an eine Ersatzregelung, weil es der Verfassungsgerichtshof auch kaum offen lässt, wie so eine aussehen könnte. Der einzige Weg derzeit ist, dass wir an die Universitäten, ich bin da gerne bereit, mich einzuschalten, mit den Grazer Universitäten zu reden, weil die hätten die Möglichkeit, maßgeschneidert, einen Entfall dieser Studiengebühren und Beiträge und das sind 363 € pro Semester. Es ist jetzt nicht das Schicksaal damit besiegelt, das wollte ich nur auch sagen. Wir werden schauen, ob wir da etwas machen können. Im Sommer läuft die Frist aus, wir müssen jetzt gleich mit den Universitäten reden, denn wenn wir warten

bis zum Sommer, ist da gar nichts. Das haben wir vor, nur Resümee, wir können diesem Dringlichen leider die Zustimmung nicht erteilen.

GRⁱⁿ **Robosch**: Werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Kurt. Danke für diesen Antrag. Ich bin ja selbst noch inskribiert und versuche, mein Studium in Mindestzeit abzuschließen. Nach meiner Tätigkeit hier im Gemeinderat und vieler anderer Tätigkeiten nebenbei wird sich das wahrscheinlich nicht ausgehen. Diesbezüglich muss ich auch sagen, dass 84 % der Studierenden, so hat das eine Studie der ÖH ergeben, nebenbei arbeiten. In welchem Ausmaß sie das tun und warum sie das tun ist leider nicht bekannt, aber sehr wohl ist bekannt, dass knappe 70 % der Studierenden zuwenig Geld haben und nicht von finanzstarken Eltern oder Elternhäusern unterstützt werden. Es kann auch sein, dass man sich z.B. spät entscheidet, ein anderes Studium auszuwählen. Da möchte ich auch die Frage in den Raum stellen, wollen wir jemanden, der Physik auf Lehramt studiert, wirklich zwingen, dieses Studium abzuschließen, anstatt dass er irgendetwas anderes inskribiert und dort vielleicht glücklicher wird? Diesbezüglich möchte ich auch sagen, dass die finanzielle Belastung vor allem am Standort Graz eine enorme ist. Studienheimplätze sind begrenzt, auch wenn sehr viele gebaut werden oder manche gebaut werden. Wohnungspreise sind sehr hoch. Ich glaube, hier haben wir als Grazerinnen und Grazer und als Grazer Stadtpolitik Verantwortung zu tragen. Ich begrüße es sehr, dass Peter Piffel-Percevic versucht, mit der ÖH und mit der Rektorin einen Deal auszuhandeln, damit dieser Entfall möglich wäre. Aber ich glaube auch, dass es andere Studienstandorte betrifft und dass man hier schaut, dass die Bundesregierung generell eine Regelung trifft. Ein einziger Satz zur Bundesregierung. Ich glaube, auch wenn Sebastian Kurz nicht fertigstudiert hat, hat er studieren können, ohne Studiengebühren zu zahlen und ich glaube, dass vor allem heute hier in diesem Saal viele Menschen sitzen, die von Beihilfen oder von Errungenschaften von Bruno Kreisky profitiert haben, egal ob das jetzt nur die Freifahrt war und die freien Schulbücher oder auch das freie Studieren. Ich glaube, es ist ein wenig zynisch, wenn uns jetzt diese Generation ausrichtet, dass wir jetzt wieder

Studiengebühren zu zahlen haben, vor allem weil wir vor allem vom letzten Mal wissen, dass sich die Bedingungen und die Qualität an den Hochschulen nicht verändert. *(Appl. GR. Haßler)*

GR. Luttenberger:

Danke, dass Sie mir zugehört haben. Ich finde es natürlich schade, dass es offenbar keine Mehrheit findet wird die Dringlichkeit und dass denke ich mir, wir halt dann auch den Rektoren und der Hochschülerschaft sagen müssen, wie es ist, aber das Angebot vom Peter, das werden wir natürlich annehmen und wir werden versuchen, hier einen Deal, ich traue mich das Wort Deal gar nicht zu sagen, weil das sagt ja der Trump auch dauernd, aber hier eine Lösung zu finden. Danke.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos) abgelehnt.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5.6 Kostenlose Nachhilfe an Grazer Schulen (GR.ⁱⁿ Wutte, MA, Grüne)

Wutte:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Da die Zeit schon sehr weit fortgeschritten ist, werde ich es kurz fassen und versuchen zusammenzufassen, da ich annehme, dass Sie meinen Antrag alle gelesen haben. Wir sind kurz vor den Schulsemesterferien und kurz vor dem Semesterzeugnis und von dem her ist das Thema Schulnoten und Bedarf an Nachhilfe für ganz viele Kinder und ganz viele Familien gerade ein sehr aktuelles. Es gibt eine Studie der Arbeiterkammer, die jedes Jahr erscheint. Die die Nachhilfesituation anschaut, und aus den Zahlen von 2017 sieht man halt sehr eindeutig, dass sehr viel Geld ausgegeben wird für Nachhilfe, in der Steiermark 9,5 Mio. Euro und dass es aber auch Kinder gibt, wo sich die Eltern die Nachhilfe nicht leisten können, obwohl der Bedarf da wäre. Außerdem gibt auch ein Drittel der Eltern an, dass sie überfordert sind mit der Lernunterstützung ihrer Kinder. In der großen Perspektive ist es ja auch so, wie den meisten von euch bekannt ist, dass Österreich im Bereich der Bildungsmobilität, verglichen mit anderen OECD Ländern, immer sehr schlecht abschneidet. Bildungsmobilität heißt, dass Kinder, wo die Eltern eben keine hohe formale Bildung haben, selber eine höhere Bildung als ihre Eltern schaffen und da ist Österreich traditionell und nach wie vor eher schlecht. Plakativ gesagt, in Österreich wird Bildung vererbt. Ich würde sagen, es gibt verschiedene Faktoren, wie man das beeinflussen kann. Die meisten sind eher auf Bundesebene zu verorten, aber etwas, was man wirklich als Stadt machen kann, ist, dass man ein Angebot an kostenloser Nachhilfe schafft. In Wien wurde das vor einigen Jahren sehr flächendeckend eingeführt. Die Zahlen sind, dass hier 18.000 VolksschülerInnen und 10.000 SchülerInnen aus der NMS und AHS Unterstufe von diesen kostenlosen Nachhilfestunden in Wien profitieren und in Graz haben wir da auch einige Pilotprojekte, aber es ist bei weitem nicht mit denen in Wien vergleichbar, wo es wirklich einen flächendeckenden Ansatz gibt. In Graz gibt es die Caritas Lerncafés und es gibt seit Herbst 2017, sehr erfreulich, in drei Bezirken auch kleinere kostenlose Nachhilfeprojekte. Das sind definitiv Schritte in die richtige Richtung, aber

was es braucht, ist ein flächendeckendes und umfassendes Angebot, das den Bedarf in Graz wirklich abdeckt und all den Kindern, wo die Eltern sich eben keine Nachhilfe leisten können, ermöglicht, dass sie wirklich die gleichen Bildungschancen wie alle anderen haben. Deswegen stelle ich namens der Grünen – ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, unter Berücksichtigung der Erfahrungswerte aus Wien und der genannten Grazer Initiativen ein Konzept für ein umfassendes und flächendeckendes Angebot an Gratis-Nachhilfe an Grazer Pflichtschulen zu entwickeln und dieses Konzept dem Gemeinderat bis Mai 2018 vorzulegen.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Vor Beginn der Semesterferien werden die Schulnoten und der Bedarf an Nachhilfe in vielen Familien zum großen Thema. Die Arbeiterkammer veröffentlicht jedes Jahr eine Studie zur Nachhilfe-Situation in der Steiermark. Die aktuellsten Zahlen aus dem Jahr 2017 sind dabei durchaus besorgniserregend: Im Schuljahr 2016/17 gaben steirische Eltern 9,5 Millionen Euro für Nachhilfe aus. Das liegt nicht zuletzt daran, dass sich mehr als ein Drittel der Eltern bei der Lernunterstützung ihrer Kinder fachlich überfordert fühlt. 14% der steirischen Kinder bekommen externe Nachhilfe, aber 18% würden Nachhilfe benötigen, was oftmals aus Kostengründen nicht möglich ist. Jedes Kind, das aufgrund der finanziellen Situation der Eltern nicht die Lernunterstützung bekommt, die es benötigen würde, ist jedoch eines zuviel.

Nicht zuletzt die Überforderung vieler Eltern und die hohen Kosten der Nachhilfe, die nicht für alle leistbar sind, legen den Grundstein für Österreichs schlechte Bildungsmobilität: Im Bereich Bildungsmobilität ist Österreich im OECD-Vergleich nach wie vor eines der Schlusslichter. In Österreich ist es für Kinder also deutlich schwieriger

als in anderen Ländern, die formale Bildung ihrer Eltern zu übertreffen. Plakativ gesprochen: Bildung wird in Österreich nach wie vor weitaus stärker als in anderen Ländern vererbt.

Wie können wir hier als Stadt gegensteuern? Die Arbeiterkammer plädiert für den verschränkten Ganztagesunterricht, worauf die Stadt jedoch als Pflichtschülerhalter nicht viel Einfluss nehmen kann. Außerdem wird von den ExpertInnen der AK ein umfassendes Angebot an kostenloser Nachhilfe empfohlen. In diesem Bereich hingegen ist es auch als Stadt möglich, Maßnahmen zu setzen.

In Wien besteht seit 2014 ein umfassendes Angebot an kostenloser Nachhilfe. Wiener Schulen bekommen dabei Kontingente an Nachhilfestunden zugeteilt. Der genaue Umfang der Stundenkontingente hängt auch von sozioökonomischen Faktoren ab, Bezirke mit einem hohen Anteil an Familien mit niedrigem Einkommen erhalten demnach höhere Kontingente. Rund 18.000 VolksschülerInnen und 10.000 SchülerInnen von Neuen Mittelschulen und AHS-Unterstufe profitieren in Wien von diesem Modell. In den Volksschulen werden Förderkurse in den Bereichen Deutsch/Lesen, Mathematik und Deutsch als Zweitsprache angeboten. Für die 10 bis 16-jährigen SchülerInnen gibt es Förderkurse in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch, wobei die Lerngruppen maximal 10 Schülerinnen und Schüler umfassen.

In Graz gibt es zwar die Lerncafés der Caritas und seit Herbst 2017 ein Pilotprojekt von bit.social in den Bezirken Gries, Lend und Gösting, der Bedarf an kostenloser Nachhilfe ist damit aber bei weitem nicht gedeckt. Die genannten Initiativen, die insbesondere in sozial schwächeren Bezirken ein Angebot schaffen, machen wertvolle und wichtige Arbeit, ein umfassendes und flächendeckendes Angebot vergleichbar mit dem Wiener Modell fehlt jedoch.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, unter Berücksichtigung der

Erfahrungswerte aus Wien und der genannten Grazer Initiativen ein Konzept für ein umfassendes und flächendeckendes Angebot an Gratis-Nachhilfe an Grazer Pflichtschulen zu entwickeln und dieses Konzept dem Gemeinderat bis Mai 2018 vorzulegen.

GR. Mag. **Spath:**

Sehr geehrter Herr Stadtrat, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates und auf der Galerie, liebe Antragstellerin. Ich muss dich enttäuschen, die ÖVP wird deinem Antrag, der Dringlichkeit, keine Zustimmung geben und ich darf das mit drei Punkten begründen. Die ganztägige Schulform in Graz ist in fast allen Standorten ausgebaut. In 34 von 38 Volksschulen gibt es diese ganztägige Schulform, in 14 von 18 NMS. Weiters, wie du auch schon in deinem Motivenbericht angeführt hast, gibt es eben bereits schon Initiativen in Graz. Vier Lerncafés, die kostenlose Nachhilfe anbieten und kleinere Vereine wie die Pfarrcaritas in St. Vinzenz z.B. oder eben bit social, die Lernbars ebenfalls erwähnt, für die Altersgruppe der 12- bis 21-Jährigen. Die Strategie der Stadt Graz ist es aber, jenen Schülerinnen und Schülern, die Unterstützung brauchen, die ganztägige Schulform als sinnvolle Alternative anzubieten und eben nicht die Unterstützung für Nachhilfe zu machen von der Stadt Graz aus. Das wäre kontraproduktiv für unser Nachmittagsbetreuung. Zum Thema Wien möchte ich sagen, ich bin froh, dass ich Pädagoge in Graz bin und unter einem Bürgermeister Nagl, der eben auch die Pädagoginnen und Pädagogen schätzt in Graz und deren Arbeit schätzt und nicht in Wien lebe, wo der Herr Bürgermeister von Wien ja gemeint hat, dass die Pädagoginnen und Pädagogen bereits am Dienstag zu Mittag fertig sind und deren Arbeit ja nicht geschätzt wird, wie ich aus den Medien entnehme.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kollegen und Kolleginnen, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen, liebe Manuela vielen Dank für diesen Antrag. Ein absolut wichtiges und

notwendiges Thema. Ich glaube, alle Studien zeigen, dass Bildung leider vererbt ist, aber nicht, weil die Gene vererbt sind, sondern weil leider die finanziellen Mittel vererbt sind und die nach wie vor mit Bildung sehr stark zusammenhängen.

Selbstverständlich, lieber Gerhard, wir beide arbeiten im höheren Schulwesen, wir wissen, dass das nicht nur in der Volksschule so ist, sondern viel stärker sogar noch in den weiteren Jahren, dass die einen Schüler und Schülerinnen sich Nachhilfe leisten, und zwar teilweise über Jahre und in mehreren Fächern, und das hängt ganz stark von der Geldbörse der Eltern ab, ob die Kinder und Jugendlichen es dann auch schaffen, bis zur Matura zu kommen oder nicht. Gerade im Volksschulbereich dürfen wir die Kinder nicht zurücklassen. Wir müssen den Kindern, deren Eltern sich die Nachhilfe nicht leisten können, im Pflichtschulbereich und im NMS Bereich, auf keinen Fall zurücklassen. Jedes Kind muss es uns wert sein, den bestmöglichen Schulabschluss für seine eigenen Talente, so würde ich sagen, zu bekommen und dazu gibt es einfach manchmal Phasen, das wissen wir auch aus dem Schulalltag, wo es den Kindern vielleicht einmal nicht so leicht fällt. Da ein kleiner Schubser in Form von Nachhilfe ist unglaublich viel wert und das sollten uns unsere Kinder und Jugendlichen in Graz absolut wert sein. Jetzt können Sie natürlich sagen, der Bund soll das machen. Die Schule soll das im Unterricht anbieten. Die Lehrer und Lehrerinnen, Gewerkschaftler weghören, sollen das einfach als zusätzliche Arbeitszeit einbringen. Das können wir sagen, aber wie wir immer wieder sehen, auf Bundesebene ändern sich die Dinge noch langsamer als auf Stadtebene und die Stadt hat nur normal die Möglichkeit und die Verpflichtung, im eigenen Wirkungsbereich, in ihren eigenen Möglichkeiten alles zu tun, was sie tun könnte. Stecken wir doch einen Teil, einen winzig kleinen Teil der Olympia-Gelder in die Förderung unserer Kinder und Jugendlichen und das Problem wäre ganz schnell gelöst. Danke.

StR. Dr. **Riegler:**

Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Astrid Schleicher, wobei ich jetzt sagen muss,

dass wir jetzt noch nicht die Olympia-Gelder, die wir noch gar nicht aufgestellt haben, schon wieder verteilen können. Das als kleine Bemerkung zum heute ja schon angesprochenen Finanzstadtrat.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat. Dass es an unserem Bildungssystem an vielen Ecken und Enden krankt, dafür gibt es unzählige Beispiele. Dass überhaupt so viel Nachhilfe gebraucht wird, ist nur eines davon. Dass Eltern so viel Geld für Nachhilfe ausgeben müssen bzw. müssten, die es sich nicht leisten können, ist eines dieser Beispiele. Kindergartenkinder werden nach drei Jahren in die Volksschule entlassen, obwohl sie kaum Deutsch sprechen. Wir führen in unseren Volksschulen tausende außerordentliche Schüler. 21 % der 15-jährigen können nicht sinnerfassend lesen. Die Gleichmacherei in unserem Schulsystem, die Gleichmacherei aller Schüler, die das Gesamtniveau nur nach unten zieht. Das sind weitere wenige Beispiele, an dem unser Bildungssystem krankt und zwar vornehmlich produziert von der SPÖ, die seit Jahren dafür verantwortlich ist. (*Appl. FPÖ*)

Dass dieses Bildungssystem eine große Baustelle ist, ist der Bundesregierung, der schwarz-blauen, sehr wohl bekannt. Deshalb ist, wenn man sich das Regierungsprogramm ansieht, ist im Bildungsbereich voll von unzähligen Maßnahmen zur Verbesserung bzw. Reformen. Absolut empfehlenswert, das Regierungsprogramm im Bereich Bildung durchzulesen und deshalb ist in unseren Augen der Antrag nicht dringlich.

GR.ⁱⁿ **Wutte:**

Liebe Alexandra, vielen Dank für deine Unterstützung und auch für deine fachliche Einschätzung als Lehrerin. Ich möchte nur kurz auf die Argumente antworten, die von Seiten der ÖVP gekommen sind. Ja, es stimmt, es gibt an den meisten Standorten

Nachmittagsbetreuung, aber dort kann nicht all das abgefangen werden, was nötig wäre und das zeigt auch die Studie der Arbeiterkammer. Dass natürlich Nachmittagsbetreuung hilft, aber bei weitem nicht diesen Bedarf an Nachhilfe und Lernunterstützung, den viele Kinder brauchen würden und ganz oft die Kinder brauchen würden, wo sich die Eltern die Nachhilfe nicht leisten können und wo die Eltern es manchmal auch nicht schaffen, sie in der Form zu unterstützen bei der Bewältigung des Lernstoffes, das kann eben über die Nachmittagsbetreuung nicht abgefangen werden. Du nennst die Initiativen in Graz, die die ich genannt habe und einige weitere. Ich habe auch gesagt, es ist absolut lobenswert, aber es reicht nicht. Ich kann auch aus meiner Arbeit in der Caritas berichten, wo ich immer wieder probiere, kostenlose Nachhilfe für Flüchtlingskinder aufzustellen und es ist überlaufen. Es gibt kaum eine Möglichkeit, dass du eine Gratisnachhilfe findest für die Kinder und der Bedarf wäre so riesengroß und ich denke halt echt, das ist so ein sinnvolles Projekt, das wir als Stadt vorantreiben könnten, wo wir wirklich in die Zukunft aller Kinder dieser Stadt investieren würden und ich finde es schade, dass so ein Antrag keine Zustimmung erfährt und dass wir dafür zwei Stunden über ein Großprojekt diskutieren wieder einmal. Danke.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**5.7 Vignetten-Befreiung für Autobahnabschnitte in bzw. um Graz
(GR. Mag. Ewald Muhr, SPÖ)**

GR. Mag. **Muhr**:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Günter, ganz allein, aber du machst das souverän. Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich komme jetzt natürlich wieder auf das Thema Feinstaub. Wir haben das schon x-mal im Gemeinderat gehabt. Es hat Graz im Würgegriff. Alljährlich gibt es zeitliche Abschnitte, wo man über den zulässigen Überschreitungswerten die Tage verzeichnen, so hat es z.B. im November 2017 an der Messstelle Don Bosco bereits an 37 Tagen Überschreitungen gegeben, die EU gestattet nur 35 und das österreichische Limit liegt dafür bei 25 Tagen. Die Gründe dafür sind natürlich vielfältig. Wir sind auch geologisch nicht begünstigt durch die Beckenlandschaft und andererseits trägt auch der Mensch, oder die Bewohnerinnen und Bewohner in Graz dazu bei, dass Feinstaub erzeugt wird, einerseits durch das Beheizen der Häuser und andererseits ist es der Verkehr. Das Problem ist uns allen bewusst. Wir haben auch schon einige Initiativen gesetzt. Wir haben versucht, mit Zwei-plus-eins-Einstiegstickets die Leute dazu zu bewegen, in die Öffis einzusteigen und es gibt auch temporäre Heizverbote für diese Zweitheisanlagen. Aber es ist insgesamt noch immer viel zu wenig. Es ist zwar rückläufig, aber wir bekommen dieses Problem nicht in den Griff und deswegen müssen wir auch alle Instrumente irgendwie bedienen, die möglich sind. Unbestritten ist eben, dass der Verkehr neben dem Hausbrand die zweitgrößte Ursache ist und zwar durch Emissionen aus dem Dieselmotor und auch durch die Aufwirbelung, durch die Fahrten und es gibt auch viele Autofahrerinnen und Autofahrer, vor allem aus den Umlandgemeinden, die mit ihrem Zweitauto Wegstrecken durch Graz wählen und zwar deswegen, weil sie keine Autobahnvignette sich leisten, weil das eben ein Zweitauto ist und das Auto zum Pendeln verwendet wird. Es gibt auch viele kleine LKWs die ihre Lieferwege durch das Grazer Stadtgebiet wählen, um diese Maut einzusparen. Ein weiterer Grund ist natürlich, weil das Angebot der öffentlichen Verkehrsmittel auch nicht attraktiv genug ist aus den Umlandgemeinden. Wären nun gewisse Autobahnabschnitte in Graz bzw.

rund um Graz von der Vignetten-Pflicht befreit, würden einige AutofahrerInnen auch ihre Route anpassen und sich somit das Verkehrsaufkommen in der Stadt selbst verringern, was in weiterer Folge auch zu geringeren Emissionen hinsichtlich des Feinstaubes führt.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag,

die zuständigen Stellen in der Stadt Graz werden ersucht, auf dem Petitionsweg an die Bundesregierung heranzutreten, um unter Bezugnahme auf die dokumentierten Aufzeichnungen betreffend die Grazer Feinstaubbelastung eine Vignetten-Befreiung für die Autobahnabschnitte innerhalb des Stadtgebietes bzw. unmittelbar angrenzend an das Grazer Stadtgebiet zu erreichen.

Originaltext des dringlichen Antrages:

„Täglich grüßt das Murmeltier“ – so könnte man ironisch die jährlich wiederkehrenden Ergebnisse der Feinstaubmessungen in Graz bezeichnen. So wurde auch im November 2017 vom Umweltbundesamt verlautbart, dass an der Messstelle Don Bosco an 37 Tagen der zulässige Grenzwert für Feinstaub überschritten wurde. Die EU gestattet diesbezüglich nur 35 Tage und das österreichische Limit dafür beträgt 25 Tage. Die wurden bereits vor dem Sommer in Graz „verbraucht“.

Allein diese Zahlen zeigen, dass die Feinstaubproblematik jährlich nicht nur im rhetorischen Sinn Staub aufwirft. Die Gründe dafür sind sehr vielfältig. Einerseits kommt Graz diesbezüglich die Beckenlandschaft nicht entgegen und andererseits ist es der Mensch, der durch Verkehr und das Beheizen von Gebäuden seinen Teil dazu beiträgt.

Das Problem ist uns natürlich bewusst und es wurden bereits auch eine Vielzahl von Maßnahmen unternommen, um dieser Gesundheitsbedrohung Herr zu werden. So versucht man durch Attraktiveren des öffentlichen Verkehrs z.B. durch vergünstigte Jahreskarten oder „2+1-Einstiegtickets“ den motorisierten Individualverkehr zu verringern oder durch Verbot von Zweitheizungen die Emissionen zu verringern.

Trotz aller bisherigen Maßnahmen konnte das angestrebte Ziel, die Anzahl der zulässigen Überschreitungstage zu unterschreiten, nicht erreicht werden, obwohl zumindest die Belastung bereits zurückgegangen ist.

Unbestritten ist jedoch, dass der Verkehr neben dem Hausbrand der zweitwichtigste Feinstaubverursacher ist und das nicht nur durch Emission des Dieselmotors, sondern auch durch Aufwirbelung. Es liegt nun auf der Hand, dass viel Verkehr auch größere Mengen an Emissionen und Aufwirbelung verursacht. Nun gibt es zusätzlich auch AutofahrerInnen, vor allem aus den Umlandgemeinden, die ihre Fahrtstrecke durch Graz wählen. Der Grund für diese Entscheidung liegt darin, dass diese Personen keine gültige Vignette für ihr Kraftfahrzeug besitzen, da dieses als Zweitfahrzeug für kurze Strecken oder gar zum Pendeln verwendet wird, da das Angebot für die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel nicht attraktiv genug ist. Um Mautkosten zu sparen, wird dadurch der oft unbequeme Weg durch Graz gewählt anstatt einer wahrscheinlich zeitlich schnelleren Route über einen Autobahnabschnitt. Wären nun gewisse Autobahnabschnitte in Graz bzw. rund um Graz von der Vignetten-Pflicht befreit, würden einige AutofahrerInnen auch ihre Route anpassen und sich somit das Verkehrsaufkommen in der Stadt selbst verringern, was in weiterer Folge auch zu geringeren Emissionen hinsichtlich des Feinstaubes führt.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag,

die zuständigen Stellen in der Stadt Graz werden ersucht, auf dem Petitionsweg an die Bundesregierung heranzutreten, um unter Bezugnahme auf die dokumentierten Aufzeichnungen betreffend die Grazer Feinstaubbelastung eine Vignetten-Befreiung für die Autobahnabschnitte innerhalb des Stadtgebietes bzw. unmittelbar angrenzend an das Grazer Stadtgebiet zu erreichen.

GRⁱⁿ Ussner:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer auf der Tribüne, sehr geehrter Stadtsenat, lieber Ewald. Danke, dass du einen Antrag zu Feinstaub stellst, das freut mich sehr, aber nur vorweg, du schreibst, dass der Verkehr neben dem Hausbrand der zweitwichtigste Verursacher ist und das stimmt so einfach nicht. Die Datengrundlage, die wir jetzt haben, auf der wir jetzt diskutieren, am Feinstaubkataster, das ist die Datengrundlage von 2001 und da hat der Verkehr 50 % verursacht, im Gegensatz zum Hausbrand war es ein knappes Viertel. Dadurch, dass wir in der Zwischenzeit einen massiven Ausbau an Fernwärme gehabt haben, kann man davon ausgehen, und der Autoverkehr gestiegen ist, kann man davon ausgehen, dass die Anteile noch höher sind. Das stimmt einfach so nicht. Zum Antrag selber, die Fahrer und Fahrerinnen über die Autobahn zu schicken, anstatt durch Graz, das mag vielleicht für Graz selbst besser sein, aber für die Umwelt nicht. Weil durch die höhere Geschwindigkeit haben wir einen höheren CO₂-Ausstoß und in der Zeit, in der wir eigentlich die ganze Zeit a) von einer Mobilitätswende sprechen müssten, gleich wie wir von einer Energiewende sprechen, sind einfach alle Maßnahmen, die den Autoverkehr begünstigen, nicht mehr zeitgemäß. Statt einer Maßnahme, die das Autofahren generell wieder bekräftigt und finanziell fördert, sind wir für Maßnahmen, die einen Anreiz setzen, um auf Alternativen umzusteigen. Dabei ist für die Anbindung des Umlandverkehrs von und in Graz noch sehr viel Potential da. Man muss sich auch fragen, wer ist die angesprochene Personengruppe, die da mit dem Auto fährt? Ein großer Teil sind teilzeitbeschäftigte Niedrigverdiener und NiedrigverdienerInnen, wo nicht die Anschaffung einer Vignette das größte Problem ist, sondern viel mehr die Anschaffung

eines eigenen KFZ-Fahrzeuges, um in die Arbeit zu fahren, was sie auch brauchen, bei dem schlecht ausgebauten Regionalverkehr den wir haben, das kann ihnen keiner übel nehmen, dass sie da das Auto brauchen. Genau den Leuten wäre mit einem besser ausgebauten ÖV eigentlich mehr geholfen. Deshalb stelle ich namens der Grünen folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat möge am Petitionsweg an Finanz-, Verkehrs- und Umweltlandesrat Anton Lang herantreten, um gemäß der klimawandelbedingten Herausforderungen unserer Zeit eine Strategie zu entwickeln, um die Umlandgemeinden von Graz bestmöglich mit öffentlichen Verkehrsmitteln an die Stadt Graz und untereinander anzubinden. Hierbei wird dringlich ersucht, einen längst ausstehenden Ausbau der S-Bahn und eine Erweiterung der Regionalbusse miteinzubeziehen. Danke.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Der Gemeinderat möge am Petitionsweg an Finanz-, Verkehrs- und Umweltlandesrat Anton Lang herantreten, um gemäß der klimawandelbedingten Herausforderungen unserer Zeit eine Strategie zu entwickeln, um die Umlandgemeinden von Graz bestmöglich mit öffentlichen Verkehrsmitteln an die Stadt Graz und untereinander anzubinden. Hierbei wird dringlich ersucht, einen längst ausstehenden Ausbau der S-Bahn und eine Erweiterung der Regionalbusse miteinzubeziehen.

GR. Ing. Topf:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne. Wir werden diesem dringlichen Antrag vom Kollegen Muhr die Zustimmung erteilen und darf das auch damit begründen, dass dieses Ansinnen schon eine längere Geschichte hat. Ich habe mir auch die Mühe gemacht, das

aus den Gemeinderatsprotokollen herauszusuchen. 17. März 2005 war Kollege Mayer hier heraußen, hat den gleiche Antrag gestellt, auch einstimmig angenommen von allen Fraktionen und, soweit ich richtig recherchiert habe, hat dann im Jahr 2012 der Kollege Klubobmann Sippel fast den gleichen Antrag gestellt. Ich denke, die Dringlichkeit ist nach wie vorgegeben, wie wohl ich befürchte, dass diese Petition in Richtung Wien nicht großartig Früchte tragen wird. Vielleicht doch, man weiß es nicht, aber 2005 und 2012 ist leider keine positive Reaktion aus Wien gekommen. Wir werden der Dringlichkeit zustimmen.

GR. Eber:

Lieber Vorsitzender, lieber Antragsteller, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sehr geehrte Damen und Herren. Mir ist es auch so gegangen, als ich gelesen habe „Täglich grüßt das Murmeltier“, habe ich mir gedacht, du beziehst das auf die vielen Anträge, die schon gestellt wurden. Es hat ja auch schon die Gerti Schloffer schon einen Antrag gestellt diesbezüglich, auch ich einmal. Die sind alle nicht erfolgreich gewesen bislang. Probieren wir es wieder, ich bin dir dankbar für diese Initiative und wir werden das sehr gerne unterstützen. Ein Satz zum Abänderungsantrag der Grünen, wir haben hier auch lange überlegt, inhaltlich spricht natürlich überhaupt nichts dagegen gegen diesen Antrag, aber ich denke mir, es ist nicht ganz richtig, wenn man einen Antrag mit einem konkreten Ziel eigentlich dahingehend abändert, dass etwas ganz anderes herauskommt und hätten uns gewünscht, dass man den als Zusatzantrag einbringt.

Zwischenruf GR. Piffel-Percevic: Das kennen wir nicht, worüber sprichst du?

Eber: Peter ist natürlich sehr erfahren in diesen Dingen, ich weiß eh. Wie auch immer, wir werden dem Abänderungsantrag der Grünen nicht zustimmen können, wiewohl wir ihn inhaltlich durchaus teilen.

GR. **Muhr:**

Vielen Dank für die Zustimmung. Liebe Tamara, auch danke für deinen Abänderungsantrag, den du einbringst, der auch inhaltlich sehr gut formuliert ist, nur es ist ein anderes Instrument, ganz einfach. Was ich mit diesem Antrag beabsichtige ist, den Verkehrsstrom, der schon besteht, umzuleiten und das ist eigentlich der Grund dahinter. Ob Verkehr jetzt Nr. zwei oder drei ist, ist vollkommen egal, es macht Feinstaub und es belastet uns, das ist nicht der wichtige Punkt an der Geschichte.

*Zwischenruf GR. **Dreisiebner:** Gib zu, dass du ein Benzinbruder bist.*

Muhr: Ich habe mich gar nicht angesprochen gefühlt bei dem Abänderungsantrag, weil mein Vorname ist Ewald und nicht Ernst. Der Herr Ernst Muhr leistet GrazFratz, aber es ist egal. Ich bin auch nicht deiner Meinung, dass dadurch der Autoverkehr begünstigt wird, weil sie fahren trotzdem durch die Stadt wegen der Vignette. Stelle dir einmal vor, du fährst zu einem großen Möbelhändler in Graz und willst deine Küche nach Gratkorn oder wohin transportieren, dann wünsche ich dir viel Glück, dass du mit dem Regionalbus oder mit der S-Bahn die ganzen PackerIn dort hineintust, oder beim naheliegenden OBI deine Waschbetonplatten einpackst, das wird sicherlich eine spannende Geschichte. Nichtsdestotrotz, wenn du deinen Abänderungsantrag demnächst einbringst, bin ich gerne bereit, diesen in dieser Form vollinhaltlich zu unterstützen. Danke.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) abgelehnt.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Grünen angenommen.

5.8 Prävention von Beschwerden bei Gemeindeabgaben rund um Ausnahmeregelungen (GR. Niko Swatek Bsc, Neos)

GR. **Swatek**, Bsc:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne. Mein Antrag bezieht sich auf einen kleinen Zeitungsartikel vom 28. Jänner. Und zwar handelte es sich dabei um einen recht kuriosen Fall rund um den Kanalisationsbeitrag. Grundsätzlich ist da Folgendes passiert, dass ein Bürger auf seinem Grundstück einen Geräteschuppen gebaut hat und der hat weder Strom, Wasser, noch Abwasseranschluss. In Graz ist es so, dass wenn man innerhalb einer gewissen Grenze wohnt zum bestehenden Kanalnetz, grundsätzlich die Anschlusspflicht gilt. Jetzt gibt es aber für diese gewisse Ausnahmen und die wären für diesen Geräteschuppen grundsätzlich möglich gewesen.

Die Person hat aber um keine Ausnahme angesucht und daher bekam er nach erstmaliger Benutzung seines Geräteschuppens einen Bescheid der Stadt Graz, dass er bitte den Kanalisationsbeitrag bezahlen müsse in Höhe von 3.380 €. Der Bürger legte Beschwerde ein, die wurde abgewiesen, weil aufgrund von Verwaltungsgerichtshofurteilen es nicht möglich ist, einen einmal entstandenen Abgabeanspruch rückgängig zu machen. Jetzt besteht grundsätzlich für den Bürger, für die Bürgerin die Holschuld für eine Ausnahmegenehmigung, d.h. er müsste selbstständig um die Ausnahmegenehmigung ansuchen. Es ist aber natürlich so, dass, wenn man das verpasst, oder vergisst, oder nicht weiß, das ziemlich für Unmut sorgt bei Bürgerinnen und Bürgern und mir wäre es ein Anliegen, das die zuständigen Stellen der Stadt Graz sich das Thema vielleicht noch einmal genauer ansehen und stärkere Maßnahmen setzen und Bürger noch extremer drauf hinweisen, dass es diese Ausnahmeregelung gibt, dass man davon Gebrauch machen kann und daher stelle ich den

dringlichen Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden zu prüfen, ob Maßnahmen bzw. Präventionen seitens der Stadt gesetzt werden können, die Beschwerdefälle rund um Gemeindeabgaben gemäß Motivtext in Zukunft verhindern. Dem Gemeinderat ist bis Juli ein entsprechender Bericht vorzulegen und ich bitte um Annahme für weniger Unmut.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Am 28. Jänner veröffentlichte die Kleine Zeitung einen kuriosen Fall rund um den von der Stadt Graz eingehobenen Kanalisationsbeitrag. Ein Bürger baute auf seinem Grundstück in Mariatrost einen Geräteschuppen ohne Strom-, Wasser- oder Abwasseranschluss.

In Graz gilt grundsätzlich für jedes Gebäude, das innerhalb einer gewissen Nähe zum bestehenden Kanalnetz liegt, eine Anschlusspflicht. Diese ermöglicht allerdings auch Ausnahmen. Da der Errichter des Geräteschuppens grundsätzlich für eine Ausnahme in Frage kam, aber um keine ansuchte, bekam er nach erstmaliger Benützung seines Schuppens von der Stadt Graz einen Bescheid zur einmaligen Zahlung des Kanalisationsbeitrages in Höhe von € 3.384,27. Der Bürger legte Beschwerde ein, doch diese wurde abgewiesen, da es aufgrund von Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes nicht möglich sei, einen einmal entstandenen Abgabensanspruch rückgängig zu machen. Auch wenn generell eine „Holschuld“ des Bewerbers bei Ausnahmegenehmigungen gilt, führen Vorfälle wie dieser, bei denen Bürgerinnen und Bürger Abgaben bezahlen müssen, die sie sich eigentlich ersparen hätten können, zu großem Unmut.

Unmut, den man seitens der Stadt durch etwaige Maßnahmen verhindern könnte.

Gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates stelle ich den

dringlichen Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden zu prüfen, ob Maßnahmen bzw. Präventionen seitens der Stadt gesetzt werden können, die Beschwerdefälle rund um Gemeindeabgaben gemäß Motivtext in Zukunft verhindern. Dem Gemeinderat ist bis Juli ein entsprechender Bericht vorzulegen.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (18.55 Uhr).

StR. Dr. **Riegler:**

Ich darf für die Fraktion der ÖVP ankündigen, dass wir die Dringlichkeit aus mehreren Gründen nicht gegeben sehen. Erster Grund, wenn es solche Fälle gelegentlich gibt, dann sind das sehr seltene Fälle, es sind drei bis vier Fälle pro Jahr, in denen das passiert. Zweiter Grund, es gibt auf der Web-Site der Stadt Graz einen sehr gut einsehbaren Hinweis, genau beim Thema Kanalanschlussgebühr, der darauf hinweist, dass es einen Befreiungstatbestand gibt für den Fall, dass man nicht ins Kanalnetz einspeist, sodass eigentlich jeder, der sich damit beschäftigt, der ein dementsprechendes Projekt anstrebt, eigentlich relativ leicht darüber informiert wird, dass im Grunde ein Befreiungstatbestand besteht. Nichtsdestotrotz und damit komme ich sozusagen zum Positiven, was Ihren Antrag betrifft, ist natürlich das Ergebnis unbefriedigend, nämlich man hätte einen Befreiungstatbestand geltend machen können, den man aber dann nicht rechtzeitig eingebracht hat, seine Rechte verwirkt und dann auch eigentlich es keine rechtliche Möglichkeit gibt, dies nachträglich zu korrigieren. Das ist ein durchaus nicht befriedigender Zustand, deswegen haben wir uns auch schon aus dem gegebenen Anlass in der Finanzdirektion und in der Stadtregierung vorgenommen, dass wir uns dieses Themas annehmen. Insofern sehe

ich die Dringlichkeit jetzt in diesem Fall nicht gegeben. Es wird aber mit Sicherheit bearbeitet werden.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen Neos) abgelehnt.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Nagl:

Ich bedanke mich bei allen Damen und Herren auf der ZuhörerInnengalerie, auch bei den Damen und Herren, die heute Dienst auf dieser Galerie versehen haben, vielen Dank und einen schönen guten Abend, wird kommen nun zum vertraulichen Sitzungsteil.